Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang ... 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: 1042 Wien, Postfach 52. Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. – Fr. 18 – 19.30 Uhr.

Pbb Erscheint 14-tägig am Donnerstag **Preis S 5,-**

19. Jänner 1977 3. Jahrgang Nr. 2/78

Das Atomkraftwerksprogramm weiter auf Schritt und Tritt bekämpfen – Einen Großkampftag für die Zeit der Parlamentsdebatte vorbereiten!

In den letzten zwei Wochen hat sich einiges abgespielt in Sachen AKW. Es hat sich folgendes gezeigt: Die Regierung kann die Bestandteile für ihr Atomkraftwerk nur noch aus der Luft und mit Hubschraubern des Bundesheeres anliefern. Die Enthüllung des Planes für die Anlieferung der Brennelemente durch IÖAG (Initiative Österr. Atomkraftwerksgegner) und durch den „Klassenkampf" (Nr. 1/78) hat den Haufen der bürgerlichen Politiker und Parteien gewaltig aufgescheucht und ihre Pläne von wegen „Parlamentsdebatte" und „demokratische Entscheidung" über den Haufen geschmissen. Die Massenbewegung gegen Atomkraftwerke in Österreich ist lebens- und schlagkräftig und mobilisiert eine wachsende Zahl von Menschen zum Kampf für ihre Rechte. Mit so einer Entwicklung haben keineswegs alle Gegner der Regierungspolitik und hat auch die Regierung selbst nicht gerechnet. Der Grund ist aber einfach: Nicht ein paar „Linksradikale" oder ein paar reaktionäre Spinner haben der Regierung den Kampf angesagt, sondern tausende Menschen aus der Arbeiterklasse und aus dem Volk führen aktiv diesen gerechten Kampf und können sich auf breite Sympathien im ganzen Volk stützen. Deswegen fliegt die Regierung die Brennelemente aus der Luft her ein, deshalb sind die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Politikern und Parteien neuerlich so massiv aufgebrochen, deshalb nimmt auch die Zahl und Entschlossenheit der aktiven Kämpfer der Bewegung trotz einzelner Rückschläge und Spaltereien nach wie vor immer weiter zu.

Man kann sagen, daß die Bewegung mit der Enthüllung des Anlieferungsplanes die Initiative in die Hand genommen und bis heute behalten hat. „Betrieb Zwentendorfs wird politisch verzögert", klagt „Die Presse" am 10. Jänner, sagt damit aber jedenfalls die Wahrheit: Am Widerstand des Volkes führt für die Regierung kein Weg vorbei!

„Der Politiker ist berufen, Entscheidungen zu treffen" (Staribacher im Fernsehen, 17.1.1978)

In der letzten Zeit war viel von Präjudizierung (= Vorwegnahme der Entscheidung) des Parlaments durch die vorherige Einlieferung der Brennelemente die Rede. Tatsächlich ist dies aber nur der Tupfen auf dem I des ganzen Parlamentsbetrugs, mit dessen Hilfe das AKW-Programm von höchster Autorität abgesichert werden soll. Ein längst von den Klaus- und Kreisky-Regierungen eingeleitetes und durchgeführtes Programm soll jetzt eine durch den Widerstand und Protest im Volk notwendig gewordene Rechtfertigung durch das Parlament erhalten. Am 26. Oktober wurde das als Parlamentsbetrug bezeichnet. Heute sehen immer mehr Menschen klarer, was da-

Fortsetzung auf Seite 5

Aus dem Inhalt:

SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFENTHALTSVERBOTES FÜR EROL SEVER!
SOFORTIGE WIEDEREINREISEGENEHMIGUNG FÜR EROL SEVER!

Artikel auf Seite 9

Demonstrationen gegen die erste Lieferung von Brennelementen für AKW Zwentendorf

Stacheldrahtverhaue, dahinter eine mit Stahlhelmen und Sturmgewehren ausgerüstete Postenkette von Soldaten (übrigens lauter „Längerdienende"), dahinter Gendarmerie mit Hunden - so wurde der Flugplatz Hörsching „geschützt", als die Brennelemente in Bundesheer-Hubschrauber umgeladen wurden. Ca. 70 Menschen demonstrierten gegen die Lieferung. Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, daß nur wenig Werktätige die Möglichkeit hatten, teilzunehmen. Der bürgerliche Staatsapparat und die Regierung waren offensichtlich nervös. Natürlich, sie wissen ja, was die Mehrheit des Volkes wirklich über ihre AKW-Politik denkt. Die bürgerkriegsmäßige Absicherung des Flugplatzes, die Bereitstellung von Militär, dann aber auch das Vorgehen der Polizei gegen die Kundgebung zeigen deutlich die Nervosität und Unsicherheit der Behörden. Die Zustimmung vieler Soldaten zu einem Flugblatt, das in der Früh vor der Kaserne verteilt worden war, hatte sie sicher noch nervöser gemacht. 50 Polizisten wollten die Kundgebung „auflösen". Die Polizei wollte verhindern, daß vor Presse und Fernsehen demonstriert würde. Es gab vier Festnahmen. Die Demonstranten zogen dann zum Polizeikommissariat, bis die vier nach Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren wieder freigelassen waren. Dann wurde die Kundgebung vor dem Flugplatz fortgesetzt und geordnet beendet.

In Zwentendorf demonstrierten gleichzeitig mehr als 150 Menschen. Seit dem Vormittag waren sie in den umliegenden Dörfern und Orten aufgetreten. Nach einer Kundgebung in Zwentendorf zog eine Demonstration zum Kraftwerk. Drei Polizisten mit MPi im Anschlag bewachten das Tor. Davor noch weitere ca. 15 Polizisten. Das Gendarmerie-Sonderkommando hielt sich im Hintergrund des Kraftwerksgeländes. Morgen werden die nächsten Brennelemente antransportiert. Insgesamt wird der Transport - zum Teil soll er per Schiene oder Straße durchgeführt werden - zwei bis drei Monate dauern. Das sind zwei bis drei Monate des Kampfes gegen die Anlieferung der Brennelemente, gegen die AKW-Politik der Regierung, gegen die imperialistische Energiepolitik der österreichischen Bourgeoisie. Heute war erst der erste Tag.

18.1.1978

Die 1. Nationale Delegiertenkonferenz des KB



Vom 6. bis 8. Jänner fand in Wien die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs statt. Sie hat die Fortschritte im Aufbau des KB als Kampforganisation zum Ausdruck gebracht und war durch ihre erfolgreiche Arbeit selbst ein Schritt in dieser Richtung (siehe Kommunique, S. 14/15).

Keine Erhöhung der Strompreise!

Schlag auf Schlag folgt in diesen Wochen eine Steuer- und Tariferhöhung nach der anderen. Man muß sich eine Liste dieser Erhöhungen zusammenstellen, um nicht den Überblick zu verlieren (siehe nebenstehenden Artikel). Alle diese Maßnahmen sind Ausdruck der Tatsache, daß der Staat in zunehmendem Ausmaß zur Umverteilung der Lohngelder zugunsten des Großkapitals eingesetzt wird.

Hier rasante Erhöhung der Lohnsteuer und der Massenverbrauchssteuern, dort Staatszuschüsse, Zinsen, Aufschließung von Industriegründen, Versorgung mit billigem Strom usw.

Gegen diese ständige Steigerung der Ausplünderung müssen sich die Lohnabhängigen in erster Linie im Lohnkampf zur Wehr setzen. Die steigenden Tarife und Steuern entwerten ihren Lohn, dagegen gilt es Lohnerhöhungen zu fordern. Das schließt aber keinesfalls aus, daß es möglich und notwendig ist, gegen gewisse Steuer- oder Tariferhöhungen den Kampf zu organisieren.

Eine solche Maßnahme, die bekämpft werden kann und muß, ist die geplante Erhöhung der Strompreise.

o Sie trifft breiteste Teile der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen, ebenso wie die Rentner, Pensionisten, kleinen Gewerbetreibenden und Bauern in beträchtlichem Umfang.

Mit den ständig steigenden Tarifen werden ganz offensichtlich die billigen Sondertarife der Großkapitalisten gestützt.

Mit ein Grund für die rasante Steigerung des Strompreises in den letzten Jahren ist das Atomkraftwerksprogramm der Regierung. Der immer teurer werdende Strom aus Zwentendorf soll ja weiterhin zu Sondertarifen abgegeben werden.

Die Bedingungen sind also objektiv günstig, um eine breite Aktionseinheit gegen die Strompreiserhöhung zu schmieden.

Die Regierung und die Presse versuchen, in dieser Frage mit Demagogie eine für sie günstige Meinung zu schaffen. Überall wird die „Reform" als Beitrag zum Energiesparen angepriesen, zu dem sie besonders die „Mehrverbraucher treffen soll". Verschwiegen wird dabei, daß die „Staffelung nach Verbrauch" (Staribacher im Kurier) nur die Haushalte trifft. Die Großindustrie wird in der nächsten Zeit sicher noch mehr als bisher durch die Tarife der Kleinabnehmer „gestützt" werden.

Die Regierung versucht gleichzeitig, der Anti-Atomkraftwerksbewegung die Schuld für diese und zukünftige Strompreiserhöhungen zu geben, indem sie das Handelsministerium behaupten läßt, daß der Atomstrom für den Konsumenten immer teurer wird, je später Zwentendorf in Betrieb geht, weil die Preisbehörde kostendeckende Tarife vorschreibt (Kronenzeitung, 14.1.). Was die Regierung mit solchen

Fortsetzung auf Seite 4

Neue Adresse der Ortsgruppe Wien: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Telefon: 35-21-76

Die Kapitalisten schießen sich auf die Metallarbeiter ein

Nur hinter selbständigen Forderungen können die Pläne der Kapitalisten abgewehrt werden

Es ist keine Frage, daß der kommenden Lohnrunde der Metallarbeiter entscheidende Bedeutung zukommt (330.000 Arbeiter im Bereich Metall-Bergbau-Energie). Innerhalb der Metallarbeiterschaft bilden die Beschäftigten der großen verstaatlichten Konzerne die ausschlaggebende Gruppe. Auf sie konzentrieren die Kapitalisten derzeit das Feuer. Damit wollen sie diese Teile der Metallarbeiter schon vor Beginn der Lohnverhandlungen so schwer treffen, daß eine breiteste Abwehrfront gegen ihre Pläne von vornherein torpediert wird.

Die VÖESt-Arbeiter haben die „Umschulung„ mit S 800,- – S 1.000,- Lohnverlust bereits hinter sich. „Kleinere" Sachen laufen noch und gibt es laufend: zeitweise Kurzarbeit in einzelnen Abteilungen, Schließungen von Abteilungen und Betrieben bei Übernahme der Arbeiter mit Lohnverlust (s. Klassenkampf 1/78, Seite 5). Der Zentralbetriebsratsobmann hat inzwischen den Verzicht auf die Forderung nach einem 15. Monatslohn bekanntgegeben. Der neueste und bisher schärfste Vorstoß kommt von der Konzernleitung der Vereinigten Edelstahlwerke (VEW): Entweder Abbau von 2.000 Beschäftigten oder 10%ige Lohnkürzung sowie Abbau der Sozialleistungen. Als weitere „Möglichkeit" statt der 2.000 Kündigungen bietet die Konzernleitung eine 8%ige Lohnkürzung, Verzicht auf die Sozialleistungen, und Streichung des 14. Monatslohns an! („Volksstimme", 15.1.78) Der Zentralbetriebsrat wird am 20.1. verhandeln, hat aber bereits eine eigene „Alternative" in Form einer Aufnahmesperre sowie Überstunden nur im Notfall und auf Zeitausgleich entwickelt.

Die Kapitalisten wollen ihre Ausgangsposition für die KV- Verhandlungen verbessern

Natürlich ist es der Hauptzweck der Vorstöße der Stahlkonzerne, die Stahlarbeiter für die Kapitulation vor dem Ausweg der Kapitalisten aus der internationalen Stahlkrise reifzuschießen. Der Zeitpunkt und der Charakter dieser Vorstöße und die damit verbundene Propaganda („Lohneinbußen für Arbeitsplätze") lassen jedoch deutlich erkennen, daß die Kapitalisten gleichzeitig wichtige Voraussetzungen für ihre Position bei den KV-Verhandlungen schaffen wollen: Daß die 10%ige Lohnkürzung in den VEW-Betrieben ein realistischer Plan ist, dafür gibt es im Moment keine Anzeichen. Daß aber dieser Plan genauso wie der ganze Propagandfeldzug um die VÖESt-Umschulungen Wirkungen zeigen soll und wird, das ist schon realistisch. Dem kommen die Spitzen der Zentralbetriebsräte (die gleichzeitig die Spitzen des gewerkschaftlichen Verhandlungskomitees bilden werden) entgegen: Nicht nur, daß sie nicht sofort eine eindeutige Ablehnung der Pläne der Konzernleitung ausgesprochen und die Belegschaften mobilisiert haben: Eine Hinauszögerung der Verhandlungen bis zum 20.1. soll eine Woche lang die Vorstöße richtig wirken und Unsicherheit entstehen lassen.

Daran ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zweifellos sehr interessiert. Ihre Aufgabe ist es, dem österreichischen Kapital durch eine entsprechende Gewerkschaftspolitik die Durchsetzung seines Schlachtplans gegen die Arbeiterklasse für den Weg aus der Krise zu ermöglichen. Die nächste wichtige Schlacht steht mit der Lohnrunde im Frühjahr bevor. Die von Benya und anderen Spitzen festgelegte Taktik stellt die Weichen auf kampflose Kapitulation der Arbeiter. Diese Taktik hat in den Herbst-KV-Verhandlungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten durchgesetzt werden können und zu beispiellosen Lohnraubabschlüssen geführt (siehe Klassenkampf 1/78, Seite 1). Das ist keineswegs ohne Schwierigkeiten für die Sozialdemokraten abgegangen, die immer stärker in die Zwickmühle zwischen der harten, rücksichtslosen Haltung der Kapitalisten und dem Drängen der Arbeiter und Angestellten nach Gegenwehr kommen.

Der Verlauf und das Ergebnis der KV-Verhandlungen sind ein Plus auf der Seite der Kapitalisten und ein Plus für die Durchsetzung dieser Taktik der Gewerkschaftsführung auch bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen. Die Illusion, daß damit schon die Sache gelaufen ist, machen sie sich aber nicht. Schließlich sind sich Benya, Sekanina und Konsorten im klaren, daß die Metallkapitalisten ab 14.3. nichts oder jedenfalls nicht viel mehr bieten werden. Das kann auch kein Benya „administrieren", sondern sie werden alle Hände voll zu tun haben, daß ihnen die Führung der Metallarbeiter in so einer Situation nicht entgleitet. Je stärker jetzt Druck auf die einzelnen Belegschaften ausgeübt wird, je schärfer die Drohungen mit Abbau, Kurzarbeit und ähnlichem werden, je mehr jetzt an Rationalisierungen und Streichungen betrieblicher Leistungen (traditionelle innerbetriebliche Lohnerhöhungen), Prämien, Sozialleistungen) durchgesetzt werden, desto günstigere Bedingungen herrschen dafür, daß die bereits absehbare Provokation der Kapitalisten nicht sofort eine massive Gegenbewegung in den Betrieben auslöst.

Die Bedingungen auf Seiten der Arbeiter

Der Einfluß der Politik der Klassenversöhnung unter den Metallarbeitern ist nach wie vor noch stark. Das heißt nicht, daß sich nichts verändert hat. Die Streikvorbereitungen im letzten Jahr (erstmals seit 1962) sind ein Zeichen dafür, und die Stimmung, die in vielen Betrieben dabei geherrscht hat, hat so manchem Sozialdemokraten Bauchweh verursacht. Inzwischen haben die Arbeiter auch ihre Erfahrungen mit der Politik der „Arbeitsplatzsicherung" gemacht: Prämien, Innerbetriebliche sind gefallen, schließlich wurde der letzte KV-Abschluß von 7,5% selbst mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung durchgesetzt. Und jetzt stehen sie vor der Situation, daß der Knüppel des massenhaften Abbaus von Arbeitsplätzen erst richtig aus dem Sack gelassen wird. Der „stille" Abbau im abgelaufenen Jahr – trotz aller Versprechungen – ist den Kollegen sicher auch nicht verborgen geblieben. Aufnahmestops, Frühpensionen, und ähnliches, haben dazu geführt, daß heute, vor allem in den Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie, viele Kollegen an der gestiegenen eigenen Arbeitsbelastung merken, was da vor sich gegangen ist.

Was das Lohnsackerl betrifft, steht heute eine steigende Anzahl von Metallarbeitern mit absolut weniger Lohn da, als vor einem Jahr. Das Geld war nicht leicht verdient – Überstunden, Schichtarbeit, Sonntagsschichten – aber man hat es gebraucht. Und es sind hochqualifizierte Stahlarbeiter, die heute mit einem Lohn nach Hause gehen, für den sie früher als „Frauenlohn" oder „Hilfsarbeiterlohn" keinen Handgriff gemacht hätten. Hier ist die Situation sicher nicht in allen Branchen gleich. Aber auch in den Mittelbetrieben der Metallverarbeitung und in der Elektroindustrie ist die Situation zumindest so, daß die gewohnte innerbetriebliche Erhöhung zwischen den KV-Abschlüssen abgeht.

Das alles trägt nicht dazu bei, die Begeisterung für die sozialdemokratische Lohnpolitik zu vermehren.

Wo es laufend Steigerungen gegeben hat, und solche weiter betrieben werden, ist es jedenfalls nicht beim Lohn, sondern bei der Ausbeutung. Von der Verschärfung des Akkords über Einführung der Schichtarbeit bis zu Rationalisierungen mit der Einführung neuer Maschinerie und neuer Arbeitsorganisationsmethoden, reicht der Katalog der Maßnahmen, die in den Betrieben gegen die Arbeiter gesetzt wurden. Hier gilt das, was für die Kapitalisten gilt, genau umgekehrt für die Arbeiter: Je stärker die betriebliche Gegenwehr gegen die laufenden Angriffe, desto günstiger die Bedingungen für die Arbeiter, auch bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen um den KV eine Abwehrfront gegen die Politik der Kapitalisten zustandezubringen.

Die beste Vorbereitung der Arbeiter ist ein selbständiges Forderungsprogramm

Wenn die Vorbereitungen der Lohnverhandlungen den sozialdemokratischen Führungsspitzen der Gewerkschaften überlassen bleiben, schaut die Situation nicht sehr rosig aus. Das zeigen die Erfahrungen aus den anderen KV-Abschlüssen. Diese Erfahrung muß verbreitet werden, sonst befinden sich die Arbeiter schnell in einer Lage, wo die Kapitalisten nichts außer Verschlechterungen anbieten, und die Sozialdemokraten eine niedrige Prozenterhöhung fordern. Voraussichtlich noch ohne Mindestbetrag, wodurch die große Masse der schlechter verdienenden Kollegen von vornherein nur mehr sehr schwer für einen gemeinsamen Kampf zu gewinnen ist. Dazu vielleicht halbherzige Streikvorbereitungen der Gewerkschaftsführung für Forderungen, die kein positives Ziel für die größtmögliche Kampfeinheit sein können, oder gar nur für die „Verhandlungsbereitschaft" der Kapitalisten (wie bei den Industrieangestellten).

Die Vorbereitung der KV-Verhandlung hinter selbständigen Forderungen in den Betrieben durchzuführen, gegen die Politik der Klassenversöhnung, der Rücksichtnahme, der „Durststrecke" auf dem „gemeinsamen Ausweg" – das wird nicht leicht sein. Möglich ist es: Das hat sich letztes Jahr bei den Industrieangestellten gezeigt, wo im Sektionsvorstand gegen die Vorschläge des Präsidiums eine Mindestforderung von S730,- beschlossen wurde. Eine Voraussetzung ist jedenfalls, daß sich die Einsicht verbreitet, daß sich Rücksichtnahme und Opfer für dieses System gar nicht lohnen.

Leute wie Benya, die noch vor kurzem überhaupt nur Vollbeschäftigung gesehen haben, reden jetzt ebenso natürlich vom Anwachsen der Arbeitslosenrate auf ca. 3% oder über 100.000. Für alles dient ihnen diese Entwicklung zur Rechtfertigung: für die verstärkte staatliche Ausplünderung und für Maßhalten beim Lohn. Nur für eines nicht: für die Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik auf die Durchsetzung von geeigneten Schutzgesetzen gegen die Auswirkungen auf die gesamte Arbeiterklasse.

So wie die Perspektive der Arbeitslosigkeit bei den heutigen Leistungen der Arbeitslosenversicherung eine Bedrohung für jeden einzelnen Arbeiter bedeutet und ihn so für die Hinnahme von Lohn- und anderen Verschlechterungen empfänglicher macht, so sind auch ihre Auswirkungen auf die ganze Arbeiterklasse: Die Konkurrenzierung durch die Arbeitsuchenden erleichtert es den Kapitalisten, gegenüber den in Beschäftigung stehenden die Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu drücken.

Vorbei an der Tatsache der steigenden Arbeitslosigkeit kann heute keine selbständige KV-Politik entwickelt werden. Vielmehr muß sich ihre Selbständigkeit gerade daran zeigen, daß sie offensiv der Argumentation der Klassenversöhnler entgegentritt und die Forderung nach 80% Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit als Leitlinie für das Auftreten der Gewerkschaften in dieser Frage fordert.

Eine solche Haltung in dieser Frage erfordert auch eine vollkommene Umorientierung der KV-Politik in bezug auf die Abfertigungen. „Treueprämien" gehen gelinde gesagt an der heutigen Situation vorbei: Die Vorgänge bei den Steyr-Werken, wo gekündigte Frauen für bestimmte Aufträge befristet wieder in die Fabrik geholt werden, zeigt was notwendig ist: Sofortiger Anspruch auf Abfertigung in der Höhe von mindestens einem Monatslohn!

Die Höhe der Lohnforderungen ist der entscheidende Gesichtspunkt

Es ist nicht so, wie Benya sagt, daß „maßvolle" Lohnerhöhungen so etwas wie ein einmaliger, vorübergehender Beitrag der Arbeiter zum allgemeinen Maßhalten sind. Sie sind im Gegenteil der Ausgangspunkt für weiteres „Maßhalten" und Verschlechterungen für die Arbeiter.

Zuerst einmal sind „maßvolle Lohnerhöhungen" Marke Benya nichts anderes als Reallohnabbau. Wenn man die bisherigen Abschlüsse betrachtet, haben sie aufs Jahr gerechnet 4 bis knapp 6% brutto gebracht. Das bedeutet – auch für Verdienste über S 10.000,- -, zwischen S 150 und nicht mehr als 500,- netto, insbesondere auch durch die mit 1. 1. gestiegenen Abzüge. Dem steht eine Preissteigerungsrate für 1976 von 5¾% gegenüber. Alleine die Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen werden die Lebenshaltungskosten der Arbeiterfamilien um mehrere Prozente ansteigen lassen. (siehe Seite 4).

Das zeigt: Wer „maßhalten" sagt, meint in Wirklichkeit: „Verschlechterungen hinnehmen". Diese Devise kann die Arbeiterklasse nicht zur Leitlinie bei der Debatte um die notwendigen Lohnforderungen machen. Nur die bewußte Ablehnung des „Maßhaltens" kann ihren Interessen zum Durchbruch verhelfen.

Keine Verschleppung, keine Verlängerung der Laufzeiten

Bestandteil des „Maßhaltens" sind auch die Bestrebungen zur Verschleppung der KV-Verhandlungen. Die Kapitalisten haben diese Absicht nie verheimlicht. Daß die Gewerkschaftsführer bereit sind, ihnen dabei entgegenzukommen, sieht man daran, daß der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie seine Vorbereitungssitzung für die KV-Verhandlungen für 6. März plant. Der KV läuft am 14.3. aus. Was die Verlängerung der Laufzeiten betrifft, ist sie von Benya selbst den Kapitalisten angeboten worden, um Erhöhungen anzuregen, die wenigstens dem ersten Eindruck nach nicht so schlecht aussehen: 7,5% auf 18 Monate (Zeitungsangestellte) scheinen zwar mehr, sind aber nicht mehr als 5% aufs Jahr.

Für die Arbeiter ist diese Taktik in verschiedenerlei Hinsicht zu berücksichtigen:

Bei den Forderungsvorschlägen der Sozialdemokraten müssen ihre Laufzeitverlängerungsabsichten in Rechnung gestellt werden, um ihre Schädlichkeit in aller Deutlichkeit sehen zu können.

Gegen die Verschleppungstaktik sollte

Gegen die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung! Stimmt für den Kommunistischen Bund Österreichs – Liste 5 !

Jede Stimme für den KB ist eine Stimme für den Sozialismus!

380 Grazer Arbeiter, Angestellte, Pensionisten, Hausfrauen, Schüler und Studenten, davon 220 wahlberechtigte Grazer, unterstützten mit ihrer Unterschrift die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Österreichs zu den Grazer Gemeinderatswahlen. Damit war die Kandidatur geschafft. Seit 20 Jahren kandidiert damit in Graz wieder eine revolutionäre Organisation zu den Gemeinderatswahlen. Genau solang ist es nämlich her, daß die KPÖ das Ziel der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung endgültig aufgegeben hat und den Weg der Aussöhnung mit der Kapitalistenklasse predigt und darüber hinaus die Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung in der Sowjetunion als „sozialistisch" anpreist.

Die Politik des Kommunistischen Bundes dient dem Zusammenschluß der Massen im Klassenkampf für die Revolution

Ziel des KB Österreichs ist es, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu stürzen und die Macht der Arbeiterklasse zu errichten. Das ist die Voraussetzung für die Aufhebung der Klassen und die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. Um diese Ziele zu erreichen, braucht die Arbeiterklasse ihre eigene revolutionäre Avantgardepartei. Dem Aufbau dieser revolutionären kommunistischen Partei dient die Politik des KB.

Von diesen Zielen gehen wir in unserer ganzen Politik, bei jedem einzelnen Schritt und bei jeder Aktion aus:

Ob es nun wie in den letzten Monaten die Organisierung der Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen gegen die Lohnraubabschlüsse bei den Handelsangestellten, den Versicherungsangestellten, den Textilarbeitern und jetzt bei den Metallarbeitern ist,

ob es die Aktionen gegen die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben und für die Beseitigung von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit sind,

ob es die Aktionen gegen die Erhöhung der staatlichen Ausplünderung durch Luxussteuer, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Strompreiserhöhung und Fahrpreiserhöhungen bei den ÖBB und für die Durchsetzung der Forderung „12.000 Schilling steuerfrei!" sind,

ob es die Politik des KB gegen das Atomkraftwerksprogramm und die gesamte imperialistische Energiepolitik der Bourgeoisie ist, die die Massen finanzieren und den Kapitalisten billigen Strom garantieren soll;

ob es die Spendensammlung für die Patriotische Front von Zimbabwe, unsere Politik gegen den Entspannungsschwindel und für eine Herstellung einer internationalen Einheitsfront gegen die größten Ausbeuter und Unterdrücker, die beiden Supermächte Sowjetunion und USA ist;

oder ob es unsere Aktivitäten gegen die Zerstörung der Umwelt in Graz durch das wachsende Verkehrschaos und die Skrupellosigkeit der Kapitalisten ist.

Dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes dient auch die Kandidatur des Kommunistischen Bundes zu den Grazer Gemeinderatswahlen. Im Wahlkampf, wo das politische Interesse größer ist, sollen die Forderungen der Arbeiterklasse verbreitet und die Grazer Arbeiter und Angestellten sollen sich auch an der Wahlurne für diese Forderungen für den Kampf für den Sozialismus entscheiden können. Damit ist es erst richtig möglich, den bürgerlichen Parteien und deren Politik für die Kapitalistenklasse eine Abfuhr zu erteilen und positiv einer Politik und einer Organisation die Zustimmung zu geben, die für den Sturz des Kapitalismus, für die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, eintritt.





Die Kandidaten des KB Österreichs für die Gemeinderatswahlen in Graz. Von links nach rechts: Heidrun Pucher, öffentl. Bedienstete, 26 Jahre; Diether Ribitsch, Dreher, 26 Jahre; Bernhard Tschiggerl, Angestellter, 27 Jahre.

Die bürgerlichen Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ wollen den Mantel des Vergessens darüber breiten, daß sie die Programme der Kapitalisten zur Steigerung der Ausbeutung und zur Verstärkung der staatlichen Ausplünderung durchführen und absichern; daß sie für die Ausplünderung fremder Völker eintreten; kurz in Bund, Land und Gemeinde eine Politik fürs Kapital auf Kosten der Werktätigen betreiben.

Wir Kommunisten zeigen in unserem Wahlkampf gerade auf, daß die Politik, die diese Parteien betreiben, in Graz wie in Österreich, frontal gegen die Interessen der Arbeiter- und Volksmassen gerichtet ist.

Der KB hat deshalb eine Politik betrieben und im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt, die dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes dient und den Zusammenschluß der Arbeiter und Werktätigen in Graz gefördert hat.

Stimmt für den Kommunistischen Bund Österreichs – Liste 5!

ZENTRALE WAHLVERANSTALTUNG
der Ortsgruppe Graz des KB Österreichs

Mittwoch, 25.1.1978, 19.30 Uhr
im Gasthaus Herbst, Lagergasse 12
Es spricht Genosse Walter Lindner
Sekretär des Zentralkomitees des KB Österreichs

Fortsetzung von Seite 2

Gegen die Benya-Pläne sollte die Geltungsdauer wieder mit 12 Monaten angestrebt werden.

Schließlich sind die Verschleppungspläne der Kapitalisten und das Entgegenkommen von Sekanina und Co. ein Grund mehr, daß die Arbeiter mit der Vobereitung der KV-Verhandlungen nicht mehr länger zuwarten.

Nur ein umfassend angelegtes Vorgehen auf dem Lohnsektor ist erfolgversprechend

Es ist leicht, einzusehen, daß die Höhe der Ist-Lohn-Forderung das Wichtigste ist: Eine ausreichende Höhe zeigt, ob und wie weit die Arbeiter die Rücksichtnahme auf die Wirtschaft ablehnen. Sie ist weiters ausschlaggebend dafür, daß auch für den Kampf um die Durchsetzung gute Bedingungen gegeben sind. Im Unterschied zu einer niedrigen Prozentforderung, die für die unteren Lohngruppen das Risiko eines Kampfs im Vergleich zu dem für sie zu erwartenden Ergebnis als zu hoch erscheinen läßt.

Die beste Bedingung für die Einheit im Kampf ist, wenn es um ein einheitliches Ziel geht: Dafür ist eine Forderung in Form eines ausreichenden Schillingbetrags das geeignetste. Und deshalb fürchten sie Kapitalisten und Gewerkschaftsführung wie der Teufel das Weihwasser. Gegen jeglichen Ansatz zu einem einheitlichen Kampfziel, gegen Sockel- und Mindestbeträge, hat sich Benya bereits ausgesprochen: Sie seien „nivellierend" „leistungsfeindlich". So ist es kein Wunder, daß von den meisten verhandelnden Organen der Gewerkschaften Mindestbeträge überhaupt nur mehr als Alibi gegenüber den schlechterverdienenden Kollegen aufgestellt und als erstes bei den Verhandlungen fallengelassen werden. Diese Frage hat nichts mit Leistung zu tun: Mag sein, daß vielleicht der eine oder andere Arbeiter seine Leistung belohnt fühlt, wenn er 400,- bekommt, ein jüngerer Kollege nur S 200,-, ob ihm dieses Gefühl aber mehr wert ist als eine einheitliche Erhöhung von S 800,- ist sehr zu bezweifeln. Das weiß natürlich auch ein Benya und in Wirklichkeit steht das Problem so: Mehr als S 200,- bis S 400,- gibt es nicht ohne Kampf. Und die Bedingungen für einen Kampf sind bei einer einheitlichen Forderung ungleich günstiger. Deshalb sind die Kapitalisten gegen einheitliche Schillingforderungen, deshalb wettert Benya gegen die Mindestbeträge.

Wenn man die Sache so betrachtet, haben die Arbeiter eigentlich allen Grund, für einheitliche Schillingforderungen oder zumindest für einen Mindestbetrag in einer Höhe einzutreten, der praktisch nichts anderes als ein einheitliches Kampfziel für die große Masse der Kollegen darstellt.

Die Kapitalisten gehen auf dem Lohnsektor umfassend vor, und dabei wollen sie sich durch den KV keine Schranken ziehen lassen: Sie nehmen in vielen Bereichen bereits nur mehr zu den weit niedrigeren KV-Löhnen auf, sie nützen die kollektivvertraglich gesicherte Unterbezahlung der Frauen und Jugendlichen aus und sie ersetzen – vor allem im Gewerbe – Erwachsene durch die billigen Lehrlinge. Noch ist es branchenweit nicht so wie bei den Bauarbeitern, daß sie Kollegen kündigen und sofort zum KV-Lohn wieder aufnehmen. Aber der Druck auf die Ist-Löhne wird verstärkt und hat in der letzten Zeit bereits Wirkung gezeigt.

Um diesen Druck aufzuhalten, muß den KV-Löhnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Politik der Gewerkschaftsführung auf diesem Sektor bei den letzten Abschlüssen hat die Anhebung der KV-Löhne in Richtung Ist-Lohn-Niveau verhindert.

Die längst von verschiedensten gewerkschaftlichen Organen beschlossene Streichung der Frauen- und Jugendlohngruppen bekommt unter diesem Aspekt verstärkte Bedeutung. Dasselbe gilt in bezug auf die Anhebung der Lehrlingsentschädigung auf einen fixen Prozentsatz vom Facharbeiter-Grundlohn, am besten einheitlich auf 75%.

Daß sich hier – trotz aller Beschlüsse – etwas tun wird von seiten der Sozialdemokraten, ist eine Illusion. Ohne Druck aus den Betrieben werden diese Forderungen bei den KV-Verhandlungen – wie in den vergangenen Jahren – nicht einmal zur Sprache kommen.

Diese Erfahrungen zeigen noch einmal deutlich, daß unter der Führung der sozialdemokratischen Klassenversöhnler für die Arbeiter nichts zu erreichen ist. Ohne Selbständigkeit gegen die Kapitalisten kann es keinen Erfolg geben. Diese Selbständigkeit wird umso stärker sein, je stärker die Einsicht an Boden gewinnt, daß die Erhaltung des kapitalistischen Lohnsystems keine Perspektive ist, an der die Arbeiterklasse irgendein Interesse haben könnte.

Keine Revision des Bauarbeiter- Kollektivvertrags!

Am 1. April soll eine 8,8%-Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne der Bauarbeiter in Kraft treten. Die bestehenden Überzahlungen der Ist- über die Mindestlöhne sollen beibehalten werden. Das wurde bereits vor einem Jahr im Rahmen eines 24-Monate-Vertrags, der KV-Lohnerhöhungen in zwei Etappen vorsah, vereinbart. Jetzt nach den ungeheuren Lohnraubabschlüssen im Handel und bei den Textilarbeitern (5,8 bzw. 4,8%) wittern die Baukapitalisten eine Chance. Voriges Jahr wurden erst gar keine Istlohnerhöhungen abgeschlossen. Dann haben sie die Ist-Löhne drastisch in Richtung Mindestlöhne gesenkt und mit verschiedenen Mitteln die Vereinbarung der Beibehaltung der Überzahlung umgangen. Jetzt wollen sie auch die Mindestlöhne nicht wie vereinbart erhöhen. Sie fordern die Revision des Kollektivvertrags. Sie wollen entweder den Prozentsatz senken oder den Termin über den 1. April hinausschieben. Mindestens aber wollen sie die Laufzeit der zweiten Etappe (ab dem 1. April 12 Monate) verlängern. Das erstere sind eher nur Drohungen; die Bauarbeiter würden es nicht zulassen bzw. die Gewerkschaftsführung würde „das Gesicht verlieren" (wie der „Kurier" das ausdrückt). Das letztere droht wirklich, wenn die Bauarbeiter es nicht verhindern.

Chile: Das Referendum blieb nicht unbeantwortet

In einem Interview mit „Presse"-Chefredakteur Chorherr hatte Pinochet Ende November noch gesagt: „Soll ich nur deshalb, um aller Welt zu beweisen, daß die Mehrheit für mich ist, ein personelles Plebiszit abhalten?.... Nein – mir genügt, daß ich es weiß." Einen Monat später schon hatte der Chef der von den US-Imperialisten eingesetzten Faschistenjunta in Chile seine Meinung geändert und Hals über Kopf ein Referendum für Anfang Jänner verfügt, das die Herrschaft der Junta legitimieren sollte. Das wurde einerseits notwendig, da in den letzten Monaten die Kraft des chilenischen Volks im Kampf gegen den US-Imperialismus und die einheimischen Kompradoren zugenommen hatte: Im November war der erste längere Streik seit dem Putsch 1973 in der größten Kupfermine „El Teniente", Streiks auch im Hafen von Valparaiso und im Unternehmen Pomar; Kampfaktionen gegen die politische Repression, Hungerstreiks für die Freilassung aller politischen Gefangenen. Andererseits kam das Pinochet-Regime in der letzten Zeit unter immer stärkeren internationalen Druck. Unter anderem gezeigt hat das der Bericht einer Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO, der die politische Unterdrückung in Chile aufzeigt. Diesen Bericht nahm das Pinochet-Regime zum Anlaß, um mit einem Referendum ein groß angelegtes Täuschungsmanöver abzuziehen und so der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk den Boden zu entziehen. Der Text des Referendums lautete:



„Angesichts der internationalen Aggression gegen die Regierung unseres Landes unterstütze ich Präsident Pinochet bei der Verteidigung der nationalen Würde Chiles, und ich bestätige die Legitimität der Regierung, souverän die Institutionalisierung des Landes zu leiten."

Dieses Täuschungsmanöver ist dem Pinochet-Regime nicht gelungen, die chilenischen Volksmassen haben ihm mit breiten Protestaktionen, die international große Beachtung fanden, einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Er handelte sich damit die ersten Massendemonstrationen seit dem Putsch ein. Am Tag des Referendums fanden mehrere Demonstrationen in den Straßen der Hauptstadt statt: „Chile ja, Junta nein!", „Das Volk wird siegen, die Junta wird fallen", wurde gerufen und Flugblätter verteilt. Eine Minute lang war im Radio die Stimme einer revolutionären Organisation, des MIR, zu hören, der es gelungen war, sich einzuschalten.

Trotz Ankündigung scharfer Repressionen bei Nichtteilnahme und strikter Kontrolle in den Wahllokalen gingen 9% nicht zu den Urnen, laut Regierungsangaben stimmten 75% mit „Ja", 20% mit „Nein" und 5% ungültig.

Keine Erhöhung der Strompreise!

Fortsetzung von Seite 1

Äußerungen aber auch zeigt ist, daß es die Verbindung zwischen dem Bau von Zwentendorf und der Tariferhöhung sehr wohl gibt und daß sie die Kosten für die Verzögerung bei der Inbetriebnahme bzw. für die zusätzlichen Aufwendungen, die ihr die starke Volksbewegung gegen des AKW Zwentendorf aufgezwungen hat, voll auf das Volk überwälzen will. Ein Grund mehr für jeden AKW-Gegner, gleichzeitig die Tarifpolitik des Staates zu bekämpfen. Auch wir müssen ebenso wie die Regierung in dieser Frage eine öffentliche Meinung schaffen, wollen wir den Kampf gegen die Strompreiserhöhung aufnehmen. Soll ein erfolgreicher Kampf geführt werden, muß eine breite ablehnende Haltung vor allem unter der Arbeiterklasse herrschen, müssen Kräfte in der Arbeiterklasse und der Gewerkschaft für die aktive Teilnahme gewonnen werden.

Der Unmut über die staatliche Ausplünderung ist groß. Der Aktionstag, der am 20., 21. und 23. Jänner in mehreren Städten Österreichs stattfindet, soll Klarheit darüber verbreiten, wem diese Erhöhung nützt.

Es ist zur Stunde noch nicht bekannt, wann die Erhöhung stattfinden soll und in welcher Form genau. Wir meinen, daß Demonstrationen oder Kundgebungen Ende Jänner, aufbauend auf die Erfahrungen bei den Aktionstagen, von einer möglichst breiten Aktionseinheit organisiert, nützliche weitere Schritte sind, um entweder direkt den Protest gegen die Erhöhung Anfang Februar zu organisieren oder als weitere Vorbereitungsschritte zu dienen. Als Grundlage für die Aktionseinheit schlagen wir die Losungen vor:

Keine Erhöhung der Strompreise für Haushalte, gewerbliche und landwirtschaftliche Kleinbetriebe!

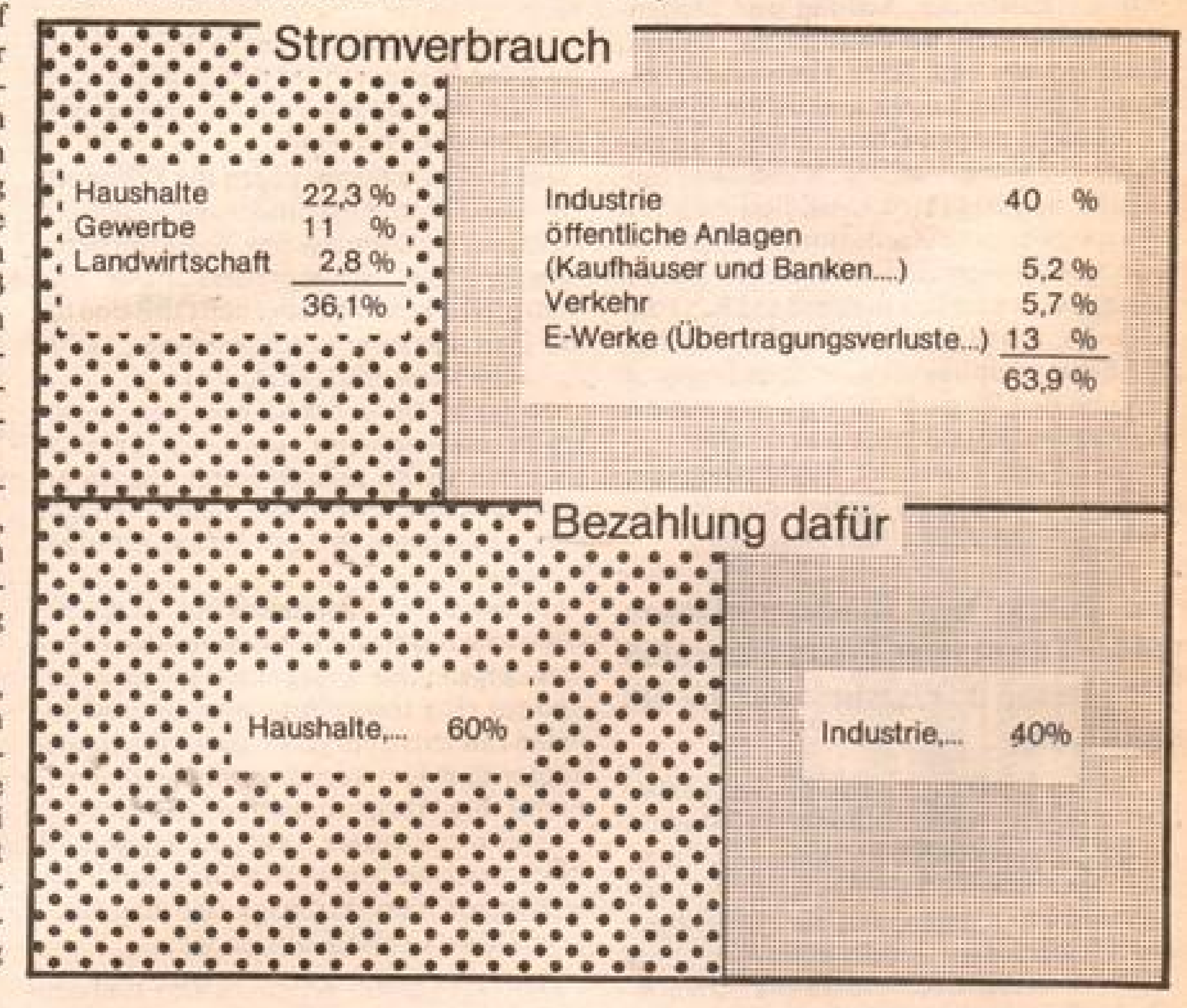
Darüber hinaus fordern wir:

Gegen Staribachers Tarifreform zu Lasten des Volkes!

Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!

Steuerfreiheit für alle Einkommen bis S 12.000,–/Monat!

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf!



Zur Jahreswende:
Eine Welle von Tarif- und Steuererhöhungen

Das „Sozial-Netz" wird teurer" war der Tenor, in dem die Zeitungen die Steuer- und Tariferhöhungen kommentierten, die in diesem Jahr die Nettolöhne der Arbeiter hinten herum beschneiden werden. Was tatsächlich vor sich geht seit einigen Monaten ist ein weitläufig angelegter Raubzug der Regierung und des Finanzkapitals, der mit der Lohn- und Mehrwertsteuer als Kern von einer Reihe flankierender Maßnahmen begleitet wird.

An der Lohnsteuerprogression, die auf die allein mit der Inflation steigenden Arbeitereinkommen einen immer schärferen Zugriff bedeutet, läßt die Bourgeoisie nicht rütteln. Auf der Besteuerung des Massenkonsums liegt ein weiterer Schwerpunkt. Damit nicht genug wird von allen Seiten zum Angriff auf die den Lohnabhängigen verfügbare Geldsumme geblasen. Der Steuerraubzug, dem die sozialdemokratische Regierung unter dem Vorwand der „Arbeitsplatzsicherung" und „alles zur Stärkung der Wirtschaft" für die österreichische Bourgeoisie betreibt, soll tatsächlich einen ständig steigenden Anteil des von der Arbeiterklasse produzierten gesellschaftlichen Mehrwerts in den Händen des Finanzkapitals konzentrieren und diesem das „Machtvolumen" geben für neue Raubzüge auf eigenen und fremden Märkten. Die folgende Liste sind nur die bekanntesten Steuer- und Tariferhöhungen:

- Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlagen durch Änderungen im Sozialversicherungsrecht bzw. direktes Ansteigen einiger Prozentsätze, was direktes Sinken des Nettolohnes zur Folge hat.
- Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 30 % für eine Reihe längerfristiger Konsumgüter („Luxussteuer").
- Erhöhung der ORF-Gebühren.
- Erhöhung der ÖBB-Tarife ab 1. Feber um durchschnittlich 12,5 %. Die Fahrpreise für den „Nahverkehr" steigen am höchsten – bis zu 27 %, was gerade die Masse der Arbeiter und Angestellten trifft, die tagtäglich zur Arbeit pendeln müssen.
- Erhöhung der Rezeptgebühr von S 6,– auf S 15,–.
- Erhöhung des Strompreises wahrscheinlich um 6,5 %.
- Auswirkungen des neuen KFZ-Versicherungssystem, bei dem der Malus sofort, der Bonus nicht wirksam wird.

Dieser Raubzug auf der Ebene der Bundesregierung wird flankiert durch Tarif- und Gebührenerhöhungen der Länder und Gemeinden. Allein für das Wohnen in Wien fallen z.B. folgende neue Gebühren an:

- Anhebung der Grundsteuer um 10 % in den Gemeindebauten.
- Erhöhung des Wassertarifs zu jeder Jahreswende; diesmal von S 5,50 auf S 6,– pro Kubikmeter.
- Erhöhung der Kanalgebühren, je Sitzklo S 172,- statt bisher S 96,- pro Jahr.
- Erhöhung der Gebühren für Hausreinigung.

2.700 S im Jahr für Strom

Wir haben die Entwicklung des durchschnittlichen Nettomonatslohnes eines Arbeiters mit den steigenden Kosten für Strom verglichen. Bei den Stromausgaben wird in den Statistiken nicht zwischen Arbeiter- und Angestelltenfamilien unterschieden, deshalb mußten wir für die jährlichen Stromkosten die Ausgaben einer durchschnittlichen Arbeiter-Angestelltenfamilie nehmen. Die Werte für die Stromkosten 1977 sind geschätzt und beruhen auf folgenden Fakten:

o Am 1. Jänner 1977 gab es eine 10%-ige Stromerhöhung

o Der Gesamtverbrauch der Haushalte stieg 1977 laut E-Wirtschaft um 14%.

Jahr	Nettolohn/Monat	Stromkosten/Jahr	Anteil in %
1970	3.809,-	873,-	22,9
1971	4.300,-	957,-	22,3
1972	4.777,-	1.125,-	23,6
1973	5.387,-	1.541,-	28,6
1974	6.168,-	1.822,-	29,5
1975	7.141,-	1.931,-	27,4
1976	7.700,-	2.229,-	28,9
1977	ca. 8.400,-	ca. 2.780,-	ca. 30 %

Die Statistik zeigt, daß im Schnitt fast ein Drittel eines Monatslohnes für den Jahresverbrauch an Strom draufgeht.

Bei diesem Durchschnitt sind Familien mit Gasversorgung und reine Elektrohaushalte dabei. Man kann also daraus den Schluß ziehen, daß in vielen Familien die Stromkosten pro Jahr einen halben Monatslohn und mehr ausmachen.

Insbesondere Pensionisten, die im Schnitt wesentlich weniger verdienen, deshalb aber nicht wesentlich weniger Strom verbrauchen, da sie einen größeren Teil des Tages daheim sind, werden öfters einen ganzen Monatslohn für Strom ausgeben.

Das Atomkraftwerksprogramm weiter auf Schritt und Tritt bekämpfen – Einen Großkampftag für die Zeit der Parlamentsdebatte vorbereiten!

Fortsetzung von Seite 1

mit gemeint ist. Erstens: Der Ausgang der Abstimmung ist von Anfang an klar. Zweitens: Die SPÖ will unbedingt zumindest die Wirtschaftskammer- und Industriellenvereinigungsleute der ÖVP im Parlament für die Zustimmung gewinnen. Drittens: Zum Parlamentsbetrug dazu gehört es, daß einzelne Vorarlberger SPÖ-Abgeordnete, einige ÖVP-ler und einige FPÖ-ler gegen den Regierungsbericht und eine baldige Inbetriebnahme stimmen werden. Sinn und Zweck des Gaunerstücks hat die „Arbeiter-Zeitung" erläutert, die am 11. Jänner schrieb, es „wäre der Versuch, Gewalt anzuwenden, zweifellos das hierzulande schlechteste Argument, um Anhänger zu gewinnen. Die Verantwortlichen im Staat wüßten sich eins mit der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die einmal von den Volksvertretern getroffene Entscheidung auch durchzusetzen."

Die SP-Regierung beteuert, sie habe ja alle Experten zu Wort kommen lassen, jeder hätte sich äußern können, was hätte sie mehr tun sollen? Und Staribacher ergänzt: „Der Politiker ist berufen, Entscheidungen zu treffen. Irgendwen muß es ja geben, der Entscheidungen trifft." Weil aber die Entscheidungen, die die bürgerliche Regierung trifft und die das Parlament absegnet, Entscheidungen im Interesse des Monopol- und Finanzkapitals sind und grundsätzlich die Unantastbarkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln gilt, sind die Politiker auch laut Verfassung bei ihren Entscheidungen einzig und allein ihrem eigenen Wissen und Gewissen gegenüber verantwortlich. Weil das Volk sich aber nicht mehr abfindet damit, wie im bürgerlichen Parlament seine Interessen verund zertreten werden und Rechenschaft von den Volksvertretern fordert („Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!"), heißt es vorsorglich zur Ankündigung der AKW-Gegner, sie würden „...gegen die Einfuhr der Uranbrennstäbe vor dem Parlament demonstrieren. Hier dürfte die Exekutive einschreiten, weil während Plenarsitzungen die „Bannmeile" geachtet werden muß." (Die Presse, 16.1.)

Reaktion auf der ganzen Linie - das kennzeichnet die Politik der herrschenden Klasse. Lüge und Betrug gehören dazu ebenso wie der Aufmarsch bzw. Einsatz von Militär, Polizei und Gendarmerie gegen das Volk. Die Bewegung gegen Atomkraftwerke läßt sich aber weder von einem Parlamentsbeschluß noch von Polizeieinsätzen einschüchtern. Freilich gibt es immer noch viele Illusionen in der Bewegung über die Möglichkeit, die einzelnen Parlamentarier und ihr „Wissen und Gewissen" umzustimmen, um vielleicht doch eine Mehrheit gegen die Inbetriebnahme zustande zu bringen. Diese Illusionen werden von Kreisky höchstpersönlich genährt durch Versprechungen, daß bei einer Parlamentsmehrheit gegen die Inbetriebnahme diese von der Regierung verhindert würde. Diesen Illusionen in der Bewegung wird aber immer sichtbarer der Boden entzogen - abgebaut können sie aber nur werden, wenn die Bewegung den konsequenten demokratischen Kampf unter der Leitlinie „Wer für's AKW entscheidet, der kann kein Volksvertreter sein!" entfaltet und zugleich den Parlamentsbetrug und das Zusammenspiel der bürgerlichen Parteien schonungslos enthüllt und bekämpft.

In „Initiativ" Nr. 2, herausgegeben von der IÖAG und dieser Tage mit 4.000 Stück Auflage in ganz Österreich eingesetzt, heißt es ganz richtig als Lehre aus dem Kampf gegen die Anlieferung der Brennelemente: „Das beweist, die Entscheidungen fallen nicht im Parlament, nicht im Geplänkel zwischen den 'Volksvertetern', sondern in der praktischen täglichen Auseinandersetzung zwischen der Regierung, die den Interessen der AKW-Betreiber verpflichtet ist, und der Bevölkerung, die ihre Interessen selbst in die Hand nimmt."

Das Atomkraftwerksprogramm weiter auf Schritt und Tritt bekämpfen - Einen Großkampftag für die Zeit der Parlamentsdebatte vorbereiten!

Nach der Aufdeckung des Transports der Brennelemente und nach der Verschiebung des Beginns vom 10. Jänner auf 18. Jänner hat die Regierung die Flucht nach vorne angetreten, sich am Gürtel gerissen und aus dem Munde Kreiskys erklärt: „Will man den derzeit bestehenden Terminplan der Kernkraftwerksgesellschaft einhalten, dann müßte das Parlament schon bis Ende März 'ja' oder 'nein' zu Zwentendorf sagen." (Kronenzeitung, 11.1.1978).

Daraus ergibt sich auch schon ungefähr der Hauptpunkt für den Terminkalender der Bewegung gegen AKW in der nächsten Zeit. Bis zur IÖAG-Konferenz Anfang Februar wird man wahrscheinlich schon Genaueres sagen und rechtzeitig mit den Vorbereitungen für einen Großkampftag anläßlich der Parlamentsdebatte beginnen können. Das soll ein neuer Höhepunkt der Bewegung sein und den Druck auf die Regierung vervielfachen. Es kann ein neuer Höhepunkt sein, weil die Bewegung weiterhin einen Aufschwung nimmt, den Gegner - den bürgerlichen Staat und die SP-Regierung - immer klarer ins Auge faßt und immer entschlossener bekämpft. Es kann ein neuer Höhepunkt sein, wenn die Massen offensiv mobilisiert werden, die breitestmögliche Aktionseinheit hergestellt wird, wenn man sich vor allem auf die Arbeiter und Bauern, auf die einfachen Werktätigen stützt und schließlich die Widersprüche im Lager des Gegners systematisch vertieft.

Es kann ein neuer Höhepunkt sein, wenn die ideologische und politische Auseinandersetzung und unter den Massen vertieft wird, die Rechtfertigung des AKW-Programms durch die SP-Regierung, zusammengefaßt vor allem im neuen Regierungsbericht Kernenergie, vor allem in der Arbeiterklasse Punkt für Punkt und von einem materialistischen Standpunkt aus widerlegt und insbesondere der Widerstand in den Gewerkschaften gesteigert und organisiert wird, und wenn auch nach den Aktionen vom 19. Jänner das Atomkraftwerksprogramm auf Schritt und Tritt bekämpft wird. Anlässe dazu gibt es genug:

- Die Brennelemente werden über einen längeren Zeitraum hinweg eingeflogen;
- Im Waldviertel gibt es eine Reihe von neuen Bohrgenehmigungen;
- Knapp hinter der Grenze in der CSSR sollen eine Reihe AKWs gebaut werden;
- Die Vorbereitungen für weitere Atomkraftwerke, insbesondere für das zweite in St. Pantaleon, sind keineswegs aufs Eis gelegt, wie die bereits getätigte und nicht zurückgezogene Millioneneinlage der Gemeinde Wien in dieses Projekt dokumentiert.

Die Entwicklung in der letzten Zeit und die vorgezeichneten weiteren Kampfaufgaben zeigen auch, worum es auf der nächsten IÖAG-Konferenz gehen muß. Schritt um Schritt hat die Bewegung im letzten Jahr ihre Klarheit und Festigkeit erhöht. Der neueste Schritt sind die Aktionen am 19. Jänner.

Jedes Zurück hinter die gemachten Erfahrungen und die gemeinsame Ausrichtung hieße den ersten Schritt hin zur Niederlage der Bewegung tun. Jeder Schritt vorwärts auf dem Weg des selbständigen Kampfes heißt, gute Aussichten für das Volk und die Bewegung, schlechte Aussichten für die Regierung, das übrige Politiker-Lumpenpack und die herrschende Klasse.

(Red., 18.1.78)

Protest gegen vier geplante AKW in der CSSR

Schreiben des KB Österreichs an das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

AN DAS ÖSTERREICHISCHE AUSSENMINISTERIUM

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Strougal hat im November 1977 seinen Aufenthalt in Österreich dazu benützt, um offiziell den Bau einer Reihe von Atomkraftwerken in der CSSR, darunter eine Kette von vier Reaktoren direkt an der Grenze zu Österreich, anzukündigen. Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) sowie zahlreiche Gruppen der Atomkraftwerksggner aus verschiedenen Städten haben in Protestbriefen gegen den Bau dieser Atomkraftwerke Stellung genommen und Ihr Ministerium sowie die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich und öffentlich gegen diese Pläne Protest einzulegen. Eine der Hauptforderungen der IÖAG lautet: „Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!" Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt diese Forderung und den Protest gegen die hinter der Grenze in der CSSR geplanten Atomkraftwerke uneingeschränkt und fordert das Außenministerium und die österreichische Bundesregierung nachdrücklich auf, öffentlich und ohne Wenn und Aber gegen den Bau der grenznahen Atomkraftwerke in der CSSR scharfen Protest zu erheben und dies der tschechoslowakischen Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

Die in der CSSR an der Grenze zu Österreich geplanten Atomkraftwerke sollen dazu dienen, die Kontrolle des sowjetischen Sozialimperialismus auf ökonomischen und anderen Gebieten über die CSSR zu erhöhen und gleichzeitig über Strompreise Österreich und andere westeuropäische Länder ökonomisch zu infiltrieren und in allseitige Abhängigkeit zu bringen. Auf diesem Weg wollen die neuen Zaren der Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne näherkommen und ihre Ausgangslage für den drohenden Krieg verbessern. Die österreichische Bundesregierung die den Bau der Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen akzeptiert, handelt damit gegen die Interessen des österreichischen Volkes und leistet zugleich dem sowjetischen Sozialimperialismus Vorschub.

Hier zeigt sich auch, wie heuchlerisch die Hetze gegen die AKW-Gegner in Österreich ist, mit dem Vorwurf, zwar gegen das AKW Zwentendorf, nicht aber gegen Atomkraftwerke hinter den Grenzen in Nachbarländern zu sein.

Die Verhandlungen, welche dieser Tage in die CSSR entsandte Vertreter der österreichischen Bundesregierung in Prag führen, gehen offenbar mehr um die nach Österreich lieferbare Menge und den Preis des Stroms aus diesen Atomkraftwerken, als um das Vorbringen eines Protests gegen ihren Bau. Sofortige Veröffentlichung der Gesprächsprotokolle der laufenden Verhandlungen zu diser Frage durch die österreichische Bundesregierung!

Verhandlungen mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung dürfen nur über die Durchsetzung der Forderung „Kein Bau von Atomkraftwerken in der CSSR an der Grenze zu Österreich!" geführt werden!

INITIATIV

GEGEN ATOMKRAFTWERKE

IÖAG

19. Jänner 1978: Demonstrationen und Kundgebungen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Vorarlberg, Graz und Klagenfurt.

Kein Uran nach Zwentendorf!

Eine neue Nummer von „Initiativ",
der Zeitung der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, zum Brennelementetransport ist erschienen.

Die Zeitung ist über alle Gruppen der IÖAG zu beziehen.



Kommunist 1/78 ist erschienen

zu beziehen über: Firma Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.

Metall- KV- Runde: Anhebung der Mindestlöhne in Richtung Ist- Löhne ist gerade jetzt notwendig

Zwischen den im Kollektivvertrag vereinbarten Mindestlöhnen und den effektiv bezahlten Ist-Löhnen klafft eine mehr oder minder weite Schere, die „Überzahlung". Die 1. Graphik zeigt, daß in allen Branchen der metall- und eisenverarbeitenden Industrie die Überzahlungen außerordentlich hoch sind, und daß durch diese Überzahlungen der Kollektivvertrag weitgehend ausgehöhlt ist. Gerade in der Krise – und deren neuerliche Verschärfung steht bevor – bieten diese Überzahlungen den Kapitalisten die Möglichkeit, durch äußerst geringe Ist-Lohnabschlüsse die Istlöhne auf die Mindestlöhne zu drücken.

Weiters sind diese hohen Überzahlungen besonders in der Krise ein Spaltungsmittel in der Hand der Kapitalistenklasse zum Druck auf den Lohn – kann doch der Unternehmer mit den vor dem Betriebstor stehenden Arbeitern drohen, die bereit sind, auch für einen Lohn zu arbeiten, der nur geringfügig oder gar nicht über dem Mindestlohn liegt. Er kann auch die unterschiedliche Kampfstärke verschiedener Teile der Arbeiter einer Branche voll zur Spaltung ausnutzen. So wird in unterentwickelt gehaltenen Gebieten Österreichs, wie z.B. im Waldviertel, für die gleiche Arbeit oft nur der Mindestlohn, also um 20–35% weniger gezahlt. Der niedrige Kollektivvertrag gibt dem Kapitalisten die Möglichkeit dazu.

Die zweite Graphik zeigt, wie es den Kapitalisten in den letzten 10 Jahren gelungen ist, die Ist- und die KV-Löhne immer mehr auseinanderklaffen zu lassen. Der langfristige Durchschnitt zeigt ein stetiges Ansteigen der Überzahlungen in Prozent vom Mindestlohn.

Weiters zeigt diese Graphik, daß schon in den letzten Jahren die Kapitalisten das extrem weite Auseinanderklaffen von KV- und Ist-Löhnen, das sich in den Jahren der Hochkonjunktur – mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaftsführung herausgebildet hatte, benutzen konnten, um die Ist-Löhne in Richtung KV-Löhne zu drücken. Das ist nämlich der Grund, weshalb in den Jahren ab 1974 die Überzahlung wieder abnimmt. Die rückläufige Überzahlung könnte darauf zurückzuführen sein, daß der Ist-Lohn auf den Minestlohn gedrückt wird, oder daß umgekehrt der Mindestlohn kräftig angehoben wird. Tatsächlich wurde natürlich der Mindestlohn keinsfalls ab 1974 plötzlich stärker als früher erhöht. Die Ist-Lohnerhöhungen aber konnten nicht einmal die Teuerung abgelten, ganz zu schweigen von der gestiegenen Abnutzung der Arbeitskraft durch Erhöhung des Arbeitstempos usw. Diesen Druck auf den Lohn drückt die Grafik aus.

Wir meinen auch, daß diese bis zu 50%igen Überzahlungen weg müssen. Insbesondere hätten die Zeiten der Hochkonjunktur genutzt werden müssen, um die günstigeren Kampfbedingungen auszunützen für eine kräftige Anhebung der Mindestlöhne.

Jetzt sind die Kampfbedingungen sicherlich schlechter, aber die Verschärfung der Krise in der nächsten Zeit erfordert gerade jetzt:

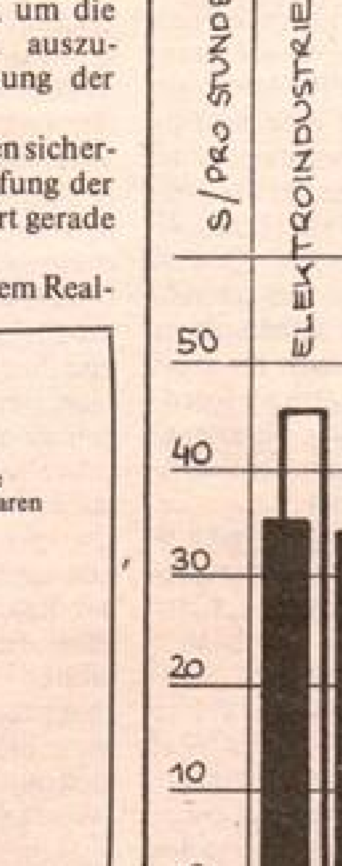
1) eine Ist-Lohnerhöhung, die dem Reallohnabbau eine Schranke setzt,

2) eine Mindestlohnerhöhung, die die KV-Löhne möglichst nahe an die wirklich gezahlten Löhne hebt und so bessere Kampfbedingungen für die ganze Arbeiterklasse schafft.

Überzahlung des KV-Lohns in %
langjährige Tendenz

4 – Fahrzeugindustrie
3 – Maschinenindustrie
2 – Eisen- und Metallwaren
1 – Elektroindustrie

Die ausgezogenen Kurven zeigen die Entwicklung der Überzahlung der KV-Löhne in Prozent in den 4 größten Branchen der eisen- und metallverarbeitenden Industrie.
Die strichlierten Kurven stellen den durchschnittlichen Anstieg der Überzahlung in den letzten 10 Jahren dar. Deutlich wird bei dieser Grafik, daß die Überzahlungen kontinuierlich ansteigen, daß in Zeiten der Hochkonjunktur die Überzahlungen überdurchschnittlich ansteigen, während in der Krise von 67 und 75,76 die Überzahlungen durch den Druck auf den Ist-Lohn unterdurchschnittlich anstiegen oder sich sogar verringerten.



Stundenlöhne in Schilling in den 6 Branchen der eisen- und metallverarbeitenden Industrie – Stand: Feber 1977 nach der KV-Erhöhung

VEW- Konzern/Mürzzuschlag:

Steigende Ausbeutung – Einschüchterung und Unterdrückung

Das vormalige Schöller-Bleckmann-Werk Mürzzuschlag/Hönigsberg ist eines der Edelstahlwerke, die in der Edelstahlfusion „Vereinigte Edelstahlwerke AG" (VEW) zusammengeschlossen wurden. Eine andere bedeutende Fabrik bei der Fusion war Böhler Kapfenberg/Wien. Seit dem Zusammenschluß hat sich die Arbeitshetze, der Rationalisierungsdruck ständig verstärkt. In dem verstaatlichten Konzern wird immer auf den anderen Betrieb – hier Böhler, und in bezug auf den Anlagenbau die VÖESt hingewiesen, um noch mehr Arbeit aus den Beschäftigten herauszupressen – unter Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit. Vorige Woche, also in einer Zeit, wo die Metallarbeiter die Lohnrunde vorzubereiten beginnen, ist nun die Konzernleitung zur unverhüllten Erpressung übergegangen: Unter Berufung auf die Krise wurden den VEW-Arbeitern folgende „Alternativen" vorgelegt:

– Entlassung von 2.000 Beschäftigten innerhalb des ganzen VEW-Bereiches, oder

– Verzicht auf alle „freiwilligen" Sozialleistungen, Verzicht auf 7% des Lohns und auf den 14. Monatslohn, oder

– Verzicht auf die Sozialleistungen und auf 10% des Lohns, oder

– eine Mischform: Kurzarbeit für 5.500 Arbeiter und Verzicht auf 6% des Lohns für die ganze Belegschaft, oder

– vorzeitige Pensionierung von rund 1.000 Arbeitern, und zwar der Männer im Alter von 58, der Frauen im Alter von 53 Jahren.

Die letzte „Alternative" sei die „humanste", hat die Konzernleitung dazugesagt.

Die abgedruckte Korrespondenz schildert die Lage in einem eher älteren VEW-Werk, in dem schon zu „normalen" Zeiten der Druck der Verhältnisse der kapitalistischen Ausbeutung auf die Arbeiter besonders groß ist.

Ich bin Arbeiter einer Abteilung der VEW in Mürzzuschlag/Hönigsberg, in dem ca. 1.800 – 2.000 Arbeiter beschäftigt sind. Seit Jahren wird die Lage für uns Arbeiter schlechter und schlechter. Viele Kollegen auch aus anderen Abteilungen, die ich in der letzten Zeit getroffen habe, denken ähnlich wie ich. Deshalb will ich einige unserer Erfahrungen zusammenfassen, um sie vielen bekanntzumachen.

Schon seit Jahren treten immer wieder, besonders zu Jahresbeginn – kurz vor den Verhandlungen um die Lohnerhöhungen – die verschiedenen Organe der Betriebsleitung mit ähnlich lautenden Argumenten an uns heran: „Der Betrieb wirtschaftet defizitär, deshalb müssen *wir* alle zusammenhalten, damit *wir* aus der Krise herauskommen. „Zusammenhalten" – das sieht so aus:

– Wenn einige Arbeiter sich besonders gut verstehen und manchmal gemeinsam die Lage beraten, können sie sicher sein, daß sie getrennt werden und auf andere, schlechtere Arbeitsplätze kommen. Oft ist das auch mit Lohnverlust verbunden.

– Die verschärfte Kontrolle unserer politischen Ansichten zeigen die folgenden Beispiele: Früher gab es für mehrere große Abteilungen bei den Betriebsratswahlen einen einzigen Wahlsprengel. Jetzt, nach einigen Jahren sozialdemokratischer Regierung, gibt es innerhalb einer Abteilung schon mehrere Wahlsprengel. Damit soll das Wahlverhalten der einzelnen Arbeiter besser kontrolliert werden.

Unterschreibt jemand eine Nicht-SP-Liste zur Betriebsratswahl wird sein Name zusammen mit den anderen Mitunterschreibern auf dem „schwarzen Brett" veröffentlicht.

– Auch die von uns erkämpften Einrichtungen sollen gegen uns eingesetzt werden, z.B. die Vertrauensmänner: In vielen Abteilungen kommt auf je 5 Arbeiter ein Vertrauensmann. Die Betriebsleitung versucht mit allen Mitteln, diesen Vertrauensmann von uns abzuspalten und in einen Wachhund zu verwandeln. Tritt er wirklich standhaft für unsere Interessen ein, wird ihm oft Repression angedroht.

– Wie es mit Gesundheit und Sicherheit steht, sieht man auch an folgendem Beispiel: Wo im Zuge der Rationalisierung Maschinen zum Einsatz kommen, sind die betroffenen Arbeiter gezwungen, wegen des pünktlichen Schichtwechsels schon vor Beginn der offiziellen Arbeitszeit am Arbeitsplatz zu sein. Dadurch müssen viele z.B. von Hönigsberg nach Mürzzuschlag mit ihrem Privatfahrzeug fahren, da der Werkszug so spät fährt, daß sie zu spät kommen würden. Wer sich kein Auto leisten kann, muß mit dem Fahrrad fahren.

– Wer pro Jahr einige verschiedene Krankheiten sich „zuschulden" kommen läßt, wird zum Werksarzt zitiert. „Sich vor der Arbeit drücken", wird dem betreffenden Kollegen sofort unterstellt und entsprechende Maßnahmen angedroht.

Im Zentrum der von der Firmenleitung getroffenen Schritte stehen Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung. Ständig versucht die Betriebsleitung, sowohl die Arbeitsintensität zu erhöhen, als auch die Arbeitszeit zu verlängern. Dies tut sie mit Phrasen der „modernen Produktion", der „kostendeckenden Produktion", „der Arbeitserleichterung durch Einführung von Maschinen", „des Zusammenhaltens" u. ähnlichem. Dadurch, so wollen sie uns vorgaukeln, würden wir leichtere Arbeit verrichten und mehr verdienen. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus:

In fast allen Abteilungen, wo auf diese Art automatisiert und rationalisiert wurde, gelang es der Betriebsleitung, die von uns Arbeitern vor langer Zeit erkämpften erleichternden Arbeitsbedingungen einzuschränken und aufzuheben. So z.B. die 20 Minuten bezahlte Jausenzeit! Diese gehörte in vielen Betrieben zu den natürlichen Arbeitsbedingungen und wurde uns jetzt Zug um Zug abgepreßt. Andernfalls wären wir nicht „wettbewerbsfähig", heißt es.

Auch unsere Waschzeit von 10 Minuten ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge. In vielen Betrieben wurde auch diese unter verschiedensten Androhungen gestrichen. Wir Arbeiter sollen – wenn überhaupt – neben dem Getöse der laufenden Maschinen unseren Hunger stillen. Was wir Arbeiter uns vor Jahren erkämpften, zwingen uns die Sozialdemokraten, die Arbeiterverräter, jetzt Stück für Stück ab.

Vielfach wurde uns als „Ersatz" für Jausen- und Waschzeit, also für 30 Minuten zusätzlicher Mehrarbeit, ein höherer Lohn versprochen: In Wirklichkeit aber verdienen die betroffenen Kollegen nicht 1 Schilling mehr. Und dies, obwohl wir nicht nur länger, sondern auch intensiver arbeiten müssen.

Dazu kommt vielfach noch der direkte und indirekte Zwang, Überstunden abzuleisten. Die dann verbliebene Freizeit recht nicht mehr für die Erholung aus. Und im Lohnsackerl sind lediglich wenige Schillinge mehr. Andere Kollegen sind genötigt, Überstunden zu machen, um ihre Schulden bezahlen zu können.

Offensichtlich wollen die Kapitalisten uns an die Grenze des Überlebens zurückdrängen. Am liebsten würden sie es sehen, wenn wir nicht reden, nicht essen und nicht denken würden. Wir sollen ins Elend gestoßen werden, die Herren da oben aber wollen in Saus und Braus leben und tun dies auch. Doch was immer sie uns auch stehlen, es ist ihnen zu wenig. Ihre Gier ist ebenso unersättlich wie ihre Angst, es könnten ihnen einmal die Argumente für die Antreiberei und den Betrug ausgehen. Noch größer aber ist ihre Angst, wir Arbeiter könnten uns eines Tages zusammenschließen.

Papierfabrik Arland: Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!

In den Papier- und Zellulosefabriken wird ein großer Teil der Arbeiter einem besonders schädlichen Schichtsystem unterworfen: Es gibt nicht die normale 5-Tage-Woche, sondern 7 Tage Schicht, 2 Tage frei, jede dritte Woche 3 Tage frei. So hat man nur jede dritte Woche Samstag, Sonntag frei. Gearbeitet wird abwechselnd Früh-, Nachmittags-, Nachtschicht. Um auf die 40-Stunden-Woche zu kommen, hat man jede Woche 2 Stunden Zeitausgleich. Dabei ist die 40-Stunden-Woche nur eine formale Angelegenheit. Bei Arland etwa machen die Kollegen durchschnittlich 20 bis 30 Überstunden pro Monat.

Was wird mit diesem Schichtsystem bezweckt? Getrieben durch die Konkurrenz führen die Kapitalisten neue Maschinen in die Produktion ein. Der Anteil der Maschinerie vergrößert sich und gleichzeitig sinkt der Anteil an Arbeitskraft von dem Kapital, das für die Produktion in Bewegung gesetzt wird. Damit aber sinkt die Profitrate für den Kapitalisten, denn allein die menschliche Arbeit ist es, die den Produkten neuen Wert zusetzt und ihm damit den Profit ermöglicht. Um der sinkenden Profitrate entgegenzuwirken, strebt der Kapitalist danach, aus der beschäftigten Arbeitskraft möglichst viel Mehrarbeit herauszupressen und der Maschinerie möglichst ohne Unterbrechung menschliche Arbeit zuzuführen. Abgestellt werden die Maschinen nur am 1. Mai, zu Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr.

Die Arbeiter werden in 4 Schichten eingeteilt. Jeweils eine für Früh-, Nachmittag-, Nachtschicht und die 4. hat frei. Alle 7 Tage wird gewechselt.

Über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Nacht- und Schichtarbeit und die Schwierigkeiten dabei, führten wir mit einem Kollegen von der Papierfabrik Arland folgendes Gespräch:

Notwendig ist die Schichtarbeit nur für den Höchstprofit der Kapitalisten

Klassenkampf: Was für Auswirkungen hat die Schichtarbeit für euch?

Arbeiter: Auswirkungen? Kaputt wirst du. Niemand macht das gerne, aber wir sind auf die paar Schilling Zulagen angewiesen. Vor allem die Nachtschicht ist sehr verhaßt – da bist du tagsüber nur ein halber Mensch. Und wenn man sich ein bißchen an das Arbeiten in der Nacht gewöhnt hat, muß man sich wieder auf die Nachmittagsschicht umstellen.

Klassenkampf: Treten oft ärgere Krankheiten auf wegen der Schichtarbeit?

Arbeiter: Freilich! Die ersten paar Jahre geht es ja. Aber dann erwischt es den einen beim Magen, die anderen werden nervös und leiden unter Schlaflosigkeit. Irgendetwas kriegt jeder ab – vor allem Magenleiden sind sehr häufig.

Klassenkampf: Fallen da nicht oft Arbeiter wegen Krankheit aus?

Arbeiter: Eigentlich nicht besonders. Das hat vor allem 2 Gründe: Einmal direkte Drohungen. Wenn du zu oft krank bist, fliegst du. Und das andere ist ein besonders gehässiges Spaltungsmanöver. Jeder Arbeiter darf seine Maschine erst verlassen, wenn sein Ablöser gekommen ist. Kommt der nicht, so muß man eben 16 Stunden durcharbeiten. Und wenn jemand länger krank ist, gibt es nicht genügend Ersatzleute, so daß der Ausfallende durch 12- und 16-Stunden-Schichten wettgemacht werden muß. So sollen die Arbeiter untereinander Druck ausüben, daß man nicht zu oft fehlt und wegen solcher „Kleinigkeiten", wie Magenschmerzen oder ähnlichem, nicht zu Hause bleibt.

Klassenkampf: Und welche Auswirkungen hat die Schichtarbeit auf die Familie?

Arbeiter: Da ist es auch sehr schlecht. Man kann sich nicht genug um die Familie kümmern. Vor allem um die Kinder. Und wenn du von der Nachtschicht nach Hause kommst, kann es passieren, daß du wegen irgendwelcher Kleinigkeiten zu streiten anfängst, und oft Grobheiten sagst, die du sonst nicht sagen würdest.

Auch mit Freunden kann man schwer etwas unternehmen, wenn man fast jedes Wochenende in die Bude muß, während die anderen frei haben.

Klassenkampf: Bedeutet die Schichtarbeit nicht auch eine Erschwernis für den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten?

Arbeiter: Ja, das ist sogar das wichtigste bei der Schichtarbeit. Da muß man auch zwei Dinge beachten: Einmal sind bei uns Samstag/Sonntag-Schichten und die Nacht- und Nachmittagsschicht-Zulage ein fixer Lohnbestandteil, ohne den wir nicht leben können. Jedes Monat macht das ca. S 1.400,- aus, also 15 bis 20% vom Lohn. Wir können gar keinen Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit führen, wenn wir nicht gleichzeitig einen Lohnkampf führen. Und zwar einen Lohnkampf, der sich ausschließlich an unserem Interesse orientiert, einen Lohn zu bekommen, daß man auch ohne Schichtarbeit, ohne Samstag/Sonntagarbeit davon anständig leben kann. Die Kapitalisten nützen gerade den Hinweis auf die Zulagen dazu, den Stundenlohn zu drücken. Und jeder von uns merkt es ja: Trotz Schichtarbeit, Samstag/Sonntag-Arbeit reicht das Geld immer weniger.

Man braucht auch mehr, wenn man durch die Schichtarbeit ausgelaugt wird.

Das andere: Durch die Zersplitterung der Belegschaft in 4 Schichten wird es natürlich schwerer, gemeinsam was durchzusetzen. Ich brauche nur an meine Abteilung denken. Zusammen mit Rationalisierungsmaßnahmen haben sich die Arbeitsbedingungen ungeheuer verschlechtert. Oft hat einer gesagt: „Wir sollten den ganzen Kram hinschmeißen. Je mehr wir uns gefallen lassen, desto unverschämter werden die." Aber: „Was wird die andere Schicht machen? Wenn wir allein aufmukken, fliegen wir eben ...." Das war sicher nicht der einzige Grund, warum es uns nicht gelungen ist, diese Angriffe zurückzuschlagen. Aber es ist klar: Immer wird die Aufsplitterung in mehrere Schichten ein großes Hindernis für die Arbeiter sein.

Klassenkampf: Ist in der Papierindustrie die Nacht- und Schichtarbeit aus technischen Gründen notwendig?

Arbeiter: Notwendig ist die Schichtarbeit nur für den Höchstprofit der Kapitalisten. Es ist ohneweiteres möglich, die Maschinen täglich abzustellen. Am nächsten Tag in der Früh wäre eine Anlaufzeit von ca. 15 bis 40 Minuten notwendig – je nachdem, was für Papier produziert wird.

Durchlaufen müßte nur das Kesselhaus, damit die Trockenzylinder der Papiermaschinen nicht auskühlen, heißes Wasser vorhanden ist usw. Dafür und für die nötigen Überwachungsarbeiten wären in unserem Betrieb höchstens 5 Arbeiter nötig. Aber auch das Kesselhaus könnte über das Wochenende abgestellt werden. Nur am Montag müßte man dort einige Stunden früher anfahren als mit den Papiermaschinen.

Klassenkampf: Was sind die hauptsächlichen Schwierigkeiten im Kampf um ein Verbot der Nacht- und Schichtarbeit?

Arbeiter: Da ist einmal der niedrige Lohn.

Genauso ein schwieriges Problem ist die Frage der „Arbeitsplatzsicherung". Uns wird immer eingeredet, ohne Nacht- und Schichtarbeit gingen unsere Arbeitsplätze flöten. Sowohl von den Unternehmern als auch von den Gewerkschaftsführern wird behauptet: Ohne Nacht- und Schichtarbeit gehen unsere Betriebe pleite, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind. Sicherheit der Arbeitsplätze im Kapitalismus kann es gar nicht geben. Das sieht man gerade jetzt in der Papierindustrie, wo sich die Krise immer mehr verschärft. Die Kapitalisten können das produzierte Papier nicht mehr profitabel losschlagen. Die großen Konzerne halten das durch, aber die kleineren Fabriken gehen pleite oder werden von den großen aufgekauft. Auch in den großen Fabriken wird ein Teil der Maschinen stillgelegt, bis der Markt wieder frei ist. Das ist der Grund von Kündigungen und nicht der Lohnkampf oder der Kampf gegen Nacht- und Schichtarbeit. Gerade mit der Ausdehnung der Schichtarbeit, die die Kapitalisten jetzt in vielen Branchen betreiben, werden die Überkapazitäten noch vergrößert.

In der Papierindustrie sieht man auch, wie die immer modernere Maschinerie in der Hand der Kapitalisten tausende Arbeiter überflüssig macht und auf die Straße setzt. Bei uns wird z.B. eine neue Holzschleiferei gebaut. Obwohl mehr produziert wird als mit der alten Anlage, werden nur mehr halb so viel Arbeiter gebraucht. Der größte Papier- und Zellulosekonzern Österreichs, die Leykam, baut in Gratkorn ein neues Zellstoffwerk. Die Produktion wird ungefähr 80% der bisher in ganz Österreich hergestellten Zellulose erreichen und die Konzernherren werden das Werk mit nur 6 Arbeitern und natürlich in Schichtarbeit, laufen lassen. Im alten Werk brauchte man 60 Arbeiter. Aber darüber hinaus kann Leykam mit dem neuen Werk die anderen Zellulosefabriken niederkonkurrieren und das wird hunderte Entlassungen nach sich ziehen!

Klassenkampf: Wie schätzt du die Möglichkeit ein, eine Kampffront gegen Nacht- und Schichtarbeit aufzubauen?

Arbeiter: Das betrifft natürlich nicht nur die Papier- und Zellstoffindustrie, sondern alle Arbeiter in Österreich. Eine Forderung nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit muß im gesamten ÖGB erhoben werden. Jede Auseinandersetzung, jeder Beschluß in einem Betrieb, in einer Fachgewerkschaft ist wichtig.

Klarheit muß geschaffen werden über den Zusammenhang zum Lohnkampf. Und vor allem über die Arbeitsplatzsicherung. Also, daß Entlassungen nicht vom Klassenkampf der Arbeiter kommen, sondern im Kapitalismus unvermeidlich sind. Das wird zwar nicht leicht sein, aber die tatsächliche Entwicklung kommt uns da entgegen und die Erfahrungen, die die Arbeiter mit der Sozialpartnerschaft machen. Nämlich die, daß sie nur Schaden davon haben.

Ortsgruppe Graz

Tödliches Grubenunglück in Radenthein: Keine Sicherheitsvorkehrungen bei neuer Abbaumethode

Am 3. Jänner wurden bei einem Grubenunglück im Radentheiner Magnesitbergbau drei Arbeiter infolge eines Wassereinbruchs von mehr als tausend Tonnen Schlamm und Geröll verschüttet und getötet. Einer der Arbeiter hinterläßt fünf Kinder, ein anderer war Vater von zwei Kindern.

Der Kärntner Landeshauptmann Wagner beschwor in seinem Kondolenzschreiben an die Angehörigen „das Schicksal, das immer wieder trotz aller menschenmöglichen Vorsichtsmaßnahmen Katastrophen im Bergbau hereinbrechen" läßt.

In dem Teil des Abbaugebietes, in dem sich das Unglück ereignete, wendet die Österreichisch-Amerikanische Magnesit AG (ÖMAG), zur Gänze im Besitz der General Refractories Comp., Philadelphia, USA, eine neue Abbaumethode, den sogenannten Blockabbau, an. Dieser ermöglicht den Einsatz größerer Lademaschinen und 25-Tonnen-LKWs bei der Förderung des Magnesits aus den Stollen. Die Förderkapazität vervielfacht sich damit gegenüber der alten Strebabbaumethode, bei der mittels Grubenbahn gefördert wird. 70 Millionen S hat die ÖMAG in die neue Methode investiert und gleichzeitig den Beschäftigtenstand von 250 im Jahr 1976 auf derzeit 176 Bergarbeiter reduziert. Ziel ist, den gesamten Magnesitabbau auf der Millstätter Alpe mit 80 Bergleuten zu betreiben – in Schichten zu je 16 Arbeitern. Seit Einführung des Blockabbaus in einigen Stollen berichten die Bergarbeiter, daß sie mehrfach in knöcheltiefem Wasser arbeiten müssen, und daß schon vor 6 Monaten bei einem Wassereinbruch sich zwei Arbeiter nur in letzter Sekunde vor einem ähnlichen Unfall retten konnten. Das im Abbaugebiet reichlich vorhandene Quellwasser, das das Erdmassiv rund um die Stollen beständig unterhöhlt, muß mittels künstlicher Firste über den Abbau hinweg und entsprechend abgeleitet werden. Der neue Blockabbau mit der ausgedehnten Stollenführung erfordert auch ausgedehntere Vorkehrungen für die künstliche Wasserführung. Auf diese aber wurde bei der Neueinführung dieser Methode offensichtlich nicht geachtet. Mehrfach hatten die Bergarbeiter gegen den häufigen Wasserstand im Stollen protestiert und die damit verbundene Unfallgefahr wurde auch auf Betriebsratssitzungen schon besprochen. Unternommen wurde nichts. Vermutlich hat das während der Arbeitspause der Weihnachts- und Neujahrszeit angestaute Wasser jetzt den Unfall am 3. Jänner ausgelöst.

Der Magnesitbergbau liefert vor allem für die Stahlindustrie feuerfeste Stoffe. Verbilligung der Rohstoffe ist eines der Mittel, wie die Stahlkapitalisten ihre Position in der gegenwärtigen Konkurrenzschlacht zu halten versuchen. Auf den Magnesitabbau wirkt das als zusätzlicher Stachel zur Rationalisierung. Gleichzeitig halten sie aber die notwendigen Kapitalaufwendungen für die neuen Abbaumethoden möglichst gering, um die Profitrate hoch zu halten. Die Sicherheitsvorkehrungen für die Bergarbeiter sind das erste, an dem sie sparen. Mit „Schicksal" höheren Orts hat das nichts zu tun, wie Wagner glauben machen will. Notwendig kommt es zu Katastrophen, wenn die Gesetze der Kapitalverwertung die Produktion beherrschen. Das Bourgeoisgesindel wie Wagner und andere Politiker haben allen Grund diese Tatsachen zu verschleiern. 8 Millionen Schilling, die sie den Lohnabhängigen als Steuern abgepreßt haben, sind der ÖMAG zugeflossen.



Spendenliste

Ortsgruppe Wien	142.770,30
Verband Kommunistischer Intellektueller Wien	88.444,20
Marxistisch-Leninistische Studenten Wien	41.956,70
Roter Schülerbund/Wien	840,00
Ortsgruppe Linz	55.549,60
Marxistisch-leninistische Studentenorganisation Linz	12.609,00
Ortsgruppe Salzburg	57.489,72
Ortsgruppe Innsbruck	52.455,07
Ortsgruppe Graz	65.435,78
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt	28.476,10
Sympathisantengruppe Knittelfeld	12.094,12
Sympathisantengruppe Villach	3.840,00
Sympathisantengruppe Vorarlberg	2.187,90
Sympathisantengruppe Vorchdorf	470,00
Zentrale	40.985,09
Aktionskomitee Wien	20.000,00
Meeting Pliberk/Bleiburg, Zveza Slovenske Mladine/Verband slowenischer Jugend	1.460,00
Proletarische Revolutionäre aus der Türkei	832,00
Veranstaltung Leibnitz	433,00
Veranstaltung Köttmannsdorf/Kotmara vas	513,15
Veranstaltung Kufstein	502,00
Veranstaltung Imst	873,00
Studienrichtungsvertretung Pädagogische Akademie Wien	300,00
Einzelüberweisungen	4.586,09
Diverse Einzahlungen, Bankzinsen	15.566,66
Insgesamt	*650.669,48*

Von den Komitees Südliches Afrika wurde gesammelt:

KSA Wien	31.790,16
KSA Graz	8.857,00
KSA Linz	5.000,00
KSA Innsbruck	3.771,00
Insgesamt	*49.418,16*

700.087,64 Schilling gesammelt!

Das Ergebnis der Spendensammlung für den Volkskrieg in Zimbabwe ist ein gewaltiger Erfolg!

Für die Zeit vom 15. September bis 16. Dezember rief der Kommunistische Bund Österreichs zu einer Spendensammlung auf mit dem Ziel von 450.000 Schilling für die Unterstützung des bewaffneten Volkskrieges in Zimbabwe. Von dem gesammelten Geld sollten, nach dem Wunsch der Patriotischen Front von Zimbabwe, zwei Landrover gekauft werden. Die Spendensammlung, die vom Kommunistischen Bund Österreichs, von den Komitees Südliches Afrika, von den Organisationen der slowenischen Minderheit, von türkischen, iranischen, chilenischen und uruguayischen Genossen und von der österreichischen Öffentlichkeit durchgeführt worden ist, hat mit einem gewaltigen Ergebnis geendet: 700.087,64 Schilling konnten aufgebracht werden und so das Spendenziel von S 450.000,- um ca. 56% übertroffen werden.

Tausende trugen zu diesem Ergebnis bei

Diese große Summe konnte deshalb aufgebracht werden, weil sich tausende Arbeiter, Angestellte, kleine Bauern, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten in ganz Österreich an der Sammlung beteiligten.

In 18 Städten und Orten Österreichs wurden mehr als 70 Veranstaltungen abgehalten, bei 44 Veranstaltungen waren Genossen der Patriotischen Front und der ZANU anwesend. In und vor rund 40 Betrieben wurde gesammelt, in Gewerkschaftsjugendgruppen und Jugendheimen, in Ausländerwohnheimen, an den Universitäten und an vielen Schulen. Solidaritätsaktionen wie Sportfeste, Kinderfeste, Lichtbildervorträge, und Schattenspiele wurden durchgeführt, um die Spendensammlung erfolgreich abschließen zu können. Der Kreis der Aktivisten der Spendensammlung ging weit über den Kreis der Kommunisten und der organisierten Solidaritätsbewegung hinaus. An vielen Orten bildeten sich Unterstützungskomitees, so z.B. gründeten Sympathisanten der Betriebszelle Horny/Wien ein „Aktionskomitee Zwei Landrover für Zimbabwe", studierten ein Theaterstück und Lieder über den Befreiungskampf in Zimbabwe ein, machten eine eigene Veranstaltung und erreichten ein Sammelergebnis von S 20.000,-.

Grob geschätzt kann man sagen, daß sich mehr als 5.000 Menschen in ganz Österreich an der Spendensammlung beteiligten: sei es als Aktivisten oder durch einen Beitrag zur Spendensammlung.

Die Spendensammlung hat den proletarischen Internationalismus in der Arbeiterklasse und im Volk gestärkt und vorangetrieben

Zweifellos ist es so, daß die erfolgreiche Durchführung der Spendensammlung eine weit über die unmittelbare materielle Unterstützung der Patriotischen Front und des Volkes von Zimbabwe hinausgehende Bedeutung hat. Sie hat bewiesen, daß die österreichische Arbeiterklasse und das Volk sich nicht so leicht betrügen und hinters Licht führen lassen von den beiden Supermächten, den anderen Imperialisten und sonstigen Reaktionären, wie es diese gern hätten und wie sie es anstreben. Sie hat bewiesen, daß auch die Versuche der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Regierung, die sich selbst an den Komplotten gegen die Völker des südlichen Afrika beteiligen, durch sozialchauvinistisches Gift die österreichischen Massen hinter ihren imperialistischen Bestrebungen zu vergattern, nicht zu dem erwünschten Erfolg führen.

Der Erfolg der Spendensammlung ist ein Schlag gegen Kolonialismus und Rassismus, gegen Imperialismus und Reaktion, insbesondere gegen die beiden Supermächte. Er ist ein Schlag gegen die österreichischen Imperialisten und Reaktionäre und er ist nicht zuletzt ein Schlag auch gegen die revisionistische KPÖ, die hierzulande als 5. Kolonne des Sozialimperialismus agiert und nichts unversucht läßt, die österreichischen Volksmassen positiv einzunehmen gegenüber den Weltherrschaftsplänen der Sowjetunion.

Die Spendensammlung wurde auf der Linie des proletarischen Internationalismus durchgeführt, es wurde für die Revolution in Zimbabwe gesammelt, für die vorbehaltlose Unterstützung des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung in Zimbabwe. Weil die Spendensammlung auf dieser Linie durchgeführt wurde, war sie erfolgreich und ist sie auch ein Beitrag zum Vorankommen des Klassenkampfes und der proletarischen Revolution in Österreich. Die antiimperialistische Bewegung in Österreich wurde gestärkt und der Aufbau der revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse ist im Klassenkampf einen Schritt weitergekommen. Die Verbindung der Revolutionäre mit dem Volk hat sich gefestigt und die Zahl der Revolutionäre ist gestiegen. Ihr Ansehen ist gestiegen und ihr Einfluß hat sich vertieft und ausgeweitet. Die Spendensammlung war ein Erfolg auf der ganzen Linie.

Was passiert mit dem gesammelten Geld?

Ursprünglich hatten wir mit den Genossen der Patriotischen Front vereinbart, zwei Landrover zu kaufen. Genosse Kangai, Mitglied des Zentralkomitees der ZANU, Sekretär für Wohlfahrt und Transport der ZANU und Mitglied des Exekutivausschusses der Patriotischen Front erklärte jedoch anläßlich seiner Rundreise durch Österreich: „Im Moment ist aber die Nachfrage nach Landrovern so groß, daß jede Bestellung mindestens ein Jahr dauert. Durch die Luftangriffe der Smith-Truppen ist für die ZANU aber ein akuter Notstand eingetreten. Um dem abzuhelfen, werden wir andere Fahrzeuge anschaffen, die sofort eingesetzt werden können." Genosse Kangai hat sich für Transportbuss der Marke Toyota bzw. Landcruiser (eine Art Landrover) ebenfalls von Toyota entschieden. Ein Bus kostet ca. S 95.000,--, ein Landcruiser S 134.680,--. Der Transport je Wagen nach Mozambique in die Lager der Patriotischen Front/ZANU kostet ca. S 26.000,--. Zieht man vom Spendenergebnis die vor allem durch Flugkosten und Aufenthaltskosten entstandenen Aufwendungen von ca. S 120.000,-- ab, wie das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs mit der Patriotischen Front vereinbart hatte, so können gekauft und nach Mozambique geschickt werden:

3 Kleinbusse Marke Toyota	*S 288.860,-*
1 Landcruiser Marke Toyota	*S 135.580,-*
Transport	*S 105.000,-*
Ersatzteile im Wert von ... ca.	*S 50.000,-*
Gesamt	*S 579.440,-*

Jeder Schilling, der aufgebracht wurde, ist ein Beitrag zum Sieg des Volkes von Zimbabwe gegen Kolonialismus und Rassismus, Imperialismus und Reaktion, insbesondere gegen die beiden Supermächte. Jeder Schilling ist auch ein Beitrag zum Zusammenschluß der Völker und zum Zusammenschluß des österreichischen Volkes im Geist des proletarischen Internationalismus, im Geist des Kampfes um Demokratie und Frieden, Freiheit und Sozialismus in der Welt und in Österreich.

ES LEBE DIE KÄMPFERISCHE SOLIDARITÄT DER VÖLKER VON ZIMBABWE UND ÖSTERREICH!

ES LEBE DER BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON ZIMBABWE!

Sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbotes gegen Erol Sever! Sofortige Wiedereinreisegenehmigung für Erol Sever!

Am 25. 1. wird eine Demonstration in Wien die sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbots gegen Erol Sever und die sofortige Erlaubnis seiner Wiedereinreise fordern. Diese Forderung steht im Mittelpunkt einer Bewegung, die sich gegen die Entrechtung der Ausländer in Österreich richtet und von Tag zu Tag an Kraft gewinnt.

Die Demonstration findet statt zu einem Zeitpunkt, wo einerseits die terroristischen Aktivitäten der Fremdenpolizei gegen ausländische Staatsangehörige in Österreich immer massiver sowie immer frecher und provokanter werden, wo aber andererseits diese Aktivitäten immer mehr ans Licht der Öffentlichkeit kommen und so die Ablehnung und den Haß von immer mehr Menschen auf sich ziehen.

Es ist noch nicht lange her, daß die westdeutsche Staatsangehörige Christiane Schneider auf offener Straße von Geheimpolizisten verhaftet und einige Tage später in die BRD abgeschoben wurde. Vor kurzem wurde der türkische Arbeiter Kani Kondaklar nach 70 Tage dauernder Haft nach Jugoslawien abgeschoben. Die Polizeigefängnisse in Österreich sind voll mit Ausländeren, deren Abschiebung beschlossene Sache und deren Existenz in vielen Fällen ruiniert ist.

Erol Sever, um dessen Wiedereinreise es am 25. 1. geht, ist ein Mensch, der gegen diese Verhältnisse jahrelang beharrlich gekämpft hat. In den 12 Jahren, die er bis zu seiner Abschiebung in Österreich lebte, ist er konsequent gegen die Rechtlosigkeit der in Österreich lebenden Ausländer aufgetreten. So hat er großes Ansehen vor allem unter ausländischen Arbeitern erworben und sich gleichzeitig den unversöhnlichen Haß der Kapitalisten und ihes Staates zugezogen. Dies ist nur natürlich und zeigt, wie berechtigt Erol Severs Handeln war. Seine Mitarbeit beim Informationsmonat von AYDINLIK im November 1977, der einen Aufschwung im Kampf um die Rechte der Ausländer eingeleitet hat, hat den bürgerlichen Staat besonders aufgescheucht. In türkischer und deutscher Sprache hat Erol Sever am Schluß einer bedeutsamen Demonstration in Wien die reaktionären Ausländergesetze, insbesondere das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz angeprangert. Damit hat er die Zustimmung einer großen Anzahl ausländischer Arbeiter und vieler Österreicher gefunden. Für den Staat war es Grund genug, drei Geheimpolizisten zu Erols Wohnung zu schicken, die ihn dort abpaßten und mit gezogener Waffe ins Polizeigefangenenhaus schleppten. Schon am nächsten Tag wurde Erol Sever von österreichischen Beamten in Istanbul der türkischen Polizei übergeben. Erol Sever habe sich öffentlich gegen österreichische Gesetze gewandt, heißt es im gegen ihn erlassenen Aufenthaltsverbot und darum liefe sein weiterer Aufenthalt in Österreich den „öffentlichen Interessen" zuwider. Tatsächlich ist der Schlag gegen Erol Sever ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse und das Volk, und insbesondere gegen die ausländischen Arbeiter, die dadurch eingeschüchtert und unterdrückt werden sollen. Er richtet sich direkt gegen alle fortschrittlichen Ausländer, deren „Aufenthalt in Österreich" wohl den „öffentlichen Interessen" der Kapitalisten zuwiderläuft, jedoch im Interesse der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist. Daran muß man am 25. 1. denken, wenn man vor dem Innenministerium steht.

Vor kurzem hat Sozialminister Weißenberg angekündigt, daß es „notwendig sein wird, die Ausländerbeschäftigung etwas zurückzunehmen". Etwas deutlicher in diesem Sinne hat sich sein Arbeitsmarktpolitischer Beirat geäußert, der sämtlichen Landesarbeitsämtern die Weisung erteilt hat, den Bestand an Ausländern um 15% zu reduzieren. In konkreten Zahlen ausgedrückt, heißt das: „Abbau" von etwa 30.000 ausländischen Arbeitern. Vor einigen Tagen sind sogar Zahlen von 40.000 bis 60.000 genannt worden.

Während der Kapitalismus in eine weitere Verschärfung seiner Krise hineinschlittert, macht sich der Staat bereits Gedanken, wie er zehntausende Arbeiter, die zuerst importiert worden sind und nun für die Profitproduktion nutzlos werden, am billigsten loswerden und wie er gleichzeitig das Arbeitslosenheer der industriellen Reservearmme so steuern kann, daß der kapitalistische Druck, der auf der österreichischen Arbeiterklasselastet, weiter verstärkt wird. Gerade was die ausländischen Arbeiter betrifft, hat er dabei günstige Ausgangsbedingungen. Während ihm das Ausländerbeschäftigungsgesetz mit den Mitteln der Nichtverlängerung von Beschäftigungsbewilligungen, der Festsetzung von regionalen und branchenmäßigen Kontingenten und Höchstzahlen die Möglichkeit bietet, die Zahl der beschäftigten Ausländer zu regulieren und planmäßig zu verringern, bietet ihm das Fremdenpolizeigesetz die Möglichkeit, nach Bedarf arbeitslose Ausländer, die nicht in der Lage sind, den „redlichen Erwerb" der Mittel für ihren Unterhalt nachzuweisen, aus dem Land zu schaffen. Arbeitsamt und Fremdenpolizei – das sind die beiden Beine, auf denen die besondere Entrechtung der Ausländer in Österreich steht. Auch daran muß man denken, wenn man am 25.1. vor dem Innenministerium steht.

Wenn am 25. 1. die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes und die Wiedereinreise für Erol Sever gefordert wird, so geht es nicht allein darum, welche Forderung erhoben wird, sondern auch darum, gegen wen sie erhoben wird. Nicht zufällig findet die Demonstration vor dem Innenministerium statt. Man wird dort sein, um den Innenminister, *den* Vertreter des Staates der Behörde vorsteht, die gnadenlos die Ausländergesetze gegen die Ausländer durchsetzt, für seine reaktionäre Tätigkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Bei ihrer üblen Tätigkeit berufen sich die „Volksvertreter" immer wieder darauf, daß sie im Auftrag des Volkes handeln. Demgegenüber muß in dieser Angelegenheit öffentlich klargestellt werden, daß die Tätigkeit dieses „Volksvertreters" vom Volk abgelehnt wird, weil sie den



Interessen des Volkes zutiefst zuwiderläuft und einzig und allein den Interessen der Kapitalistenklasse dient. Auch daran wird man denken müssen, wenn man am 25.1. vor dem Innenministerium steht.

Sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbots gegen Erol Sever!

Sofortige Wiedereinreiseerlaubnis für Erol Sever!

Weg mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz!

Weg mit dem Fremdenpolizeigesetz!

Für die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern!

Kani Kundaklar abgeschoben

Am 12. 1. wurde Kani Kundaklar, der sich seit Mitte November in Schubhaft im Wiener Polizeigefangenenhaus befand, nach Jugoslawien abgeschoben. So wie es jeden Mittwoch Dutzenden Ausländern ergeht, wurde Kani Kundaklar zusammen mit anderen Ausländern um 5 Uhr früh auf der Wiener Rossauer Lände in einen Bus gesetzt und unter Polizeibewachung bis nach Maribor gebracht.

Kani Kundaklar war bekanntlich im November von der Fremdenpolizei des Nachts aus seiner Wohnung heraus verhaftet worden und seitdem, von der Außenwelt total abgeschnitten in Schubhaft gesessen. Freunde von ihm, die auf der Fremdenpolizei den Beweis dafür erbringen wollten, daß die von der Fremdenpolizei genannten Gründe für Kanis Verhaftung durch und durch absurd und erlogen sind, konnten selbst nur mit Mühe der Verhaftung entgehen.

Nach seiner Freilassung hatte Kani Kundaklar erstmals die Möglichkeit über die Haftbedingungen im Polizeigefangenenhaus zu berichten:

„In den 70 Tagen meiner Haft hat es nur einmal (!) Fleisch gegeben und das mit dem zynischen Hinweis, daß doch Mohammedaner kein Schweinefleisch essen dürfen, sonst gab es nur dünne Suppe. Für jeden Hafttag mußte ich 44.-S bezahlen, also insgesamt über 3000.-S. Ich war komplett von der Außenwelt abgeschnitten und hatte keinerlei Möglichkeit mit einem Anwalt oder Freunden zu sprechen, ja nicht einmal brieflich mit ihnen in Kontakt zu treten. An die frische Luft durfte ich jeden Tag nur 15 Minuten. Ich war nicht der einzige Häftling dort. Außer mir gab es noch über 100 Türken, eine ganze Reihe von Arabern, die hauptsächlich in Wien Zeitungskolporteure sind, und einige Inder, Pakistanis, Ägypter und Polen, sowie Westdeutsche. Aus Gesprächen habe ich erfahren, daß man vor allem die Araber, Inder, Pakistanis usw. bis an die türkische Grenze abzuschieben pflegt, wo man sie dann, ohne daß sie einen Groschen Geld im Sack haben, absetzt. Vor meiner Abschiebung hat man mir einen Bescheid über ein 10 Jahre währendes Aufenthaltsverbot gegeben. Man hat mir gesagt, „daß die Türken immer 10 Jahre bekommen, die Jugoslawen aber nur 5 Jahre". Die Westdeutschen, von denen es laut Auskünften in der letzten Zeit ständig eine ganze Menge von Schubhäftlingen gibt, sitzen fast alle wegen „Terrorverdacht". In jedem einzelnen Fall arbeiten die österreichischen Behörden mit der westdeutschen Polizei zusammen. Sämtliche Westdeutsche werden an die westdeutsche Grenze abgeschoben, zum Teil dort freigelassen, zum anderen Teil aber dort direkt der westdeutschen Polizei Übergeben."

Berufung von Christiane Schneider gegen ihre Ausweisung abgelehnt

Die Berufung der westdeutschen Staatsangehörigen Christiane Schneider gegen ihre Ausweisung und gegen das über sie verhängte Aufenthaltsverbot ist von der Sicherheitsdirektion Wien am 6.12.77 abgewiesen worden.

Christiane Schneider ist eine der westdeutschen Staatsangehörigen, die von den österreichischen Behörden im Zuge ihrer Zusammenarbeit mit den westdeutschen Behörden gegen fortschrittliche Organisationen und die kommunistische Bewegung verhaftet und am 5.10 in die BRD abgeschoben wurde.

Christiane Schneider hielt sich in Österreich auf, weil sie in Wien als Geschäftsführerin einer neu gegründeten politischen Nachrichtenagentur arbeiten wollte, was von der Polizei verhindert wurde.

In einer Presseerklärung wurde von den Gründern der Nachrichtenagentur der Grund für die Willkürmaßnahmen der Behörden gegen Christiane Schneider genannt:

„Den Grund für diese Willkürmaßnahmen haben die Polizisten, die diese Aktion durchführten, offen genannt. Christiane Schneider sei ihnen als Angehörige der westdeutschen Linken bekannt, sie habe von Österreich Beziehungen zu „Terrororganisationen" unterhalten, sie habe Verbindungen zum Kommunistischen Bund Westdeutschlands. Die Polizisten erklärten offen, daß sie jede Verbindung zwischen der demokratischen und Arbeiterbewegung in Österreich und in Westdeutschland als 'Verbindungen zu Terrororganisationen' unterbinden wollten."

Zum Sachverhalt den die Behördenals Begründung für ihr willkürliches Vorgehen vorschob, wurde angeführt:

„Christiane Schneider war ordnungsgemäß in Wien gemeldet. Sie hatte fristgerecht eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis und die Genehmigung einer Arbeitserlaubnis beantragt. Sie war im Begriff, ihre Arbeit als Geschäftsführer einer politischen Nachrichtenagentur anzutreten, die die Unterzeichnenden im Begriff sind zu gründen. Diese Tatsachen werden sowohl in der Haftbegründung, wie auch in der Ausweisungsverfügung geleugnet. Beide Verfügungen sind eklatant rechtswidrig."

Wie es nicht anders zu erwarten war, hat nun also auch die Sicherheitsdirektion Wien die „eklatant rechtswidrigen Verfügungen" bestätigt. Zu erwarten war das deshalb, weil es sich bei den terroristischen Akten der Fremdenpolizei, von denen auch Christiane Schneider eine Opfer wurde, keinesfalls um ein besonderes Vorgehen einiger Fremdenpolizisten handelt, sondern um die Politik, die von den Behörden in ganz Österreich gegenüber Ausländern gemacht wird.

So oder so will Christiane Schneider weiterhin ihre Stellung bei der Nachrichtenagentur antreten und muß das Aufenthaltsverbot gegen sie weg.

Kreisky: „... viele, viele Maßnahmen" gegen die Arbeitslosigkeit: Gelder aus der Arbeitslosenversicherung an die Kapitalisten

Seit dem Jahreswechsel äußern sich Politiker und Wissenschafter mehrfach über das zu erwartende Ansteigen der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sprach von 2,5% Arbeitslosen; 20.000 Lohnabhängige müßten allein in der Industrie abgebaut werden. Der jüngste OECD-Bericht für Österreich nennt eine Arbeitslosenrate von 2,75% bis 3% und 0,5% Beschäftigtenrückgang.

Die Verschärfung der Krise, die sich 1977 rapide fortgesetzt hat und 1978 noch schärfer wirksam werden wird, ermöglicht es immer weniger, an der Existenz und dem Anschwellen der industriellen Reservearmee vorbeizugehen. Das Argument der Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft, daß Unterordnung der Arbeiter unter Konkurrenz- und Exportfähigkeit der Kapitalisten Vollbeschäftigung und Arbeitsplätze sichere, muß realistischer formuliert werden, damit es weiter greift. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß die Bourgeoisie die neuen Zahlen der Arbeiterklasse als Drohung vor Augen führt, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu schüren versucht, um sich auch von dieser Seite Bedingungen zu schaffen, für die Durchsetzung ihres Schlachtplans.

Wissenschafter und Journalisten der Bourgeoisie haben also zur Korrektur gemahnt, und kurz vor Weihnachten hat Kreisky prompt die entsprechende Neuauflage präsentiert: Sollte es 1978 mehr als 3% Arbeitslose geben, „dann werden wir mit vielen, vielen Maßnahmen trachten, daß dies nicht der Jahresdurchschnitt wird". Investitionsförderung, billige Kredite und Garantien für Exportrisiken .... viele, viele Maßnahmen, mit denen die Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessert werden sollen. Benya nannte in einem Gespräch mit der „Presse" die Zahl von 100.000 Arbeitslosen, was praktisch 3 bis 3,5% bedeutet. Er ist dann gleich auch auf die dabei für die Bourgeoisie wesentliche Sache eingegangen: „..... maßvolle Lohnpolitik zu machen, um der gesamten Wirtschaft die benötigte Pause zu geben." (16.1.)

Daß mit der Rationalisierungswelle, die die Bourgeoisie mittels Staatshilfen in den konkurrenzfähigen Betrieben, vor allem auch in der verstaatlichten Industrie, anheizen will, Arbeitsplätze geschliffen werden, steht außer Zweifel. Daß damit die kapitalistische Überproduktion nicht „bewältigt" und die Konkurrenz unter den Imperialisten nicht beseitigt, sondern verschärft wird, steht ebenso außer Zweifel. Auf der Regierungsklausur letzte Woche zitierte Kreisky mit Wohlgefallen das Schreiben eines niederösterreichischen Kapitalisten, der von der Regierung die Bereitstellung billiger Kredite forderte. Begeistert schilderte der Kanzler die Wirkung des Einsatzes dieser Steuergelder: Zuerst werde der Betrieb rationalisieren und Arbeitsplätze sparen .... es bestünde aber auch die Möglichkeit, eine neue Produktion aufzubauen, in der dann weitere „Bedienstete" Beschäftigung finden könnten. (Wiener Zeitung, 10.1.)

Die Arbeiterbewegung hat sich zum Schutz vor den Folgen der kapitalistischen Anarchie und zur Einschränkung der Konkurrenz untereinander Schutzeinrichtungen wie die Arbeitslosenversicherung erkämpft. Heute allerdings hat der kapitalistische Staat diese Versicherung in den Händen und leichtes Spiel haben damit die Kapitalisten, an die Gelder dieser Schutzeinrichtung für die Arbeiter heranzukommen, und sie sich selbst zu Nutzen zu machen. „Viele, viele Maßnahmen ..." hat die sozialdemokratische Regierung auch dabei gesetzt, und jede einzelne ist ein Verbrechen an einem wirksamen Schutz der Arbeiterklasse vor den Folgen der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Umso hinterhältiger ist es, wenn jetzt die Gefahr steigender Arbeitslosigkeit beschworen wird, gleichzeitig aber die Arbeitslosenversicherung als Einrichtung für die Arbeiterklasse beständig unterhöhlt wird.

Eine Summe von 3 Milliarden Schilling hat Androsch im Budget 1978 für Arbeitslosenunterstützungen, Notstandshilfen und Sonderunterstützungen angesetzt, was auf 2% Arbeitslose berechnet ist. Geht die Arbeitslosenrate über diesen Prozentsatz hinaus, können mit 1,3 Mrd aus dem Reservefonds noch weitere 20.000 zusätzliche Arbeitslose für ein Jahr unterstützt werden. Sollten aber mehr Arbeiter gezwungen sein, das Arbeitslosengeld in Anspruch zu nehmen, müsse eine Beitragserhöhung erfolgen. So schildert die „Presse" den traurigen Zustand der Arbeitslosenversicherung nach mehreren Jahren sozialdemokratischer Regierungsgeschäften. Bei dieser Rechnung sind die sogenannten „versteckten Arbeitslosen" als nicht Anspruchsberechtigte noch gar nicht enthalten und überdies basiert sie auf einer Unterstützung in der Höhe von rund S 4.000,-. Auf einer Grundlage also, auf der die Versicherung ihren Zweck kaum erfüllt: zu verhindern, daß sich die Lohnabhängigen zu den miserabelsten Bedingungen der Ausbeutung unterwerfen und sich dabei noch gegenseitig den Rang ablaufen.

Die Milliardenbeiträge, die sich im Reservefonds angesammelt haben, sind weitgehend für Unterstützungsleistungen nicht flüssig, sondern dienen zinsbringend angelegt der Stärkung des Finanzkapitals. Allerdings plant Androsch noch für 1978 bis zu 300 Mill. aus dem Reservefonds zu entnehmen – für Prämien an Kapitalisten, die bereit sind, Jugendliche unter dem Titel Lehrlingsausbildung der Ausbeutung zu unterwerfen. (Budgetrede)

Gewaltig angestiegen sind seit 1976 die Beträge aus der Arbeitslosenversicherung, mit denen sich die Kapitalisten „als Arbeitsmarktförderung" bei Kurzarbeit die Lohngelder, bei Auftragsflauten die „Überbrückungshilfen" sowie neue Maschinerie und Anlagen für Ausbeutungsplätze bereitstellen lassen. Diskutiert wird gegenwärtig die Anwendung des ursprünglich für den Bergbau geschaffenen „Sonderunterstützungsgesetzes" auch auf die Papierindustrie. Inhalt desselben ist es, verschlissene Arbeitskraft vorzeitig auf Pension zu setzen, die bis zur Erreichung des notwendigen Alters aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt wird. Vorgesehen ist neuerdings auch für 1978 die Leistungen nach dem AMF-Gesetz zu „nuancieren und konzentrieren", d.h. weniger Facharbeiter- und Umschulungskurse zu unterstützen, sondern die Gelder als „Überbrückungshilfen bei Auftragslücken" direkt für die Kapitalisten dienstbar zu machen.

„Hochöfen kann man stillegen, aber was geschieht mit den Arbeitern?" stellt Kreisky eine durchaus berechtigte Frage. („Presse, 22.12.77). In den Hinterhalt führt er aber die Arbeiter, die Hoffnung schöpfen könnten, der Kanzler mache sich Sorgen um die Zukunft der Arbeiterklasse angesichts des imperialistischen Krisenverlaufs. „Also müssen wir die Investitionen verstärken", ist die Antwort, die man zu hören bekommt.

Wird das Anschwellen der industriellen Reservearmee zum akuten Gegenstand der gesellschaftlichen Zukunft, so ist es für die Arbeiterklasse wichtig, verstärkt den Blick auch auf die Versicherungseinrichtung für diesen Fall zu richten. Forderungen zu erheben über die notwendige Höhe des Arbeitslosengeldes, über die Zahlung der Beitragsleistungen und zur Kontrolle über die Arbeitslosenversicherung ist die richtige Antwort, wenn die Bourgeoisie die Arbeitslosigkeit zum Zweck der Drohung und Einschüchterung gerade auch in Zeiten laufender Lohnrunden ins Gespräch bringt.

England: Abwürgung des Streiks der Feuerwehrmänner kann Arbeiterklasse nicht einschüchtern

Die Feuerwehrleute haben beschlossen, den Streik für eine sofortige Angleichung ihrer Verdienste an die durchschnittlicher Industriearbeiter abzubrechen.

Der Abschluß, dem die Gewerkschaftsführung der Feuerwehrleutegewerkschaft zugestimmt hat, sieht eine 10%ige Lohnerhöhung rückwirkend ab November 1977, eine weitere ab November 1978 und ab 1979 vor. Eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden findet ab Anfang 1978 statt.

Der Abschluß liegt zwar weit über dem, was die Regierung im Herbst 1977 geboten hatte, ist aber im Kern doch ein Erfolg für die sozialdemokratische Labourregierung, ist es ihr doch klar gelungen, die Lohnerhöhung auf das Niveau der festgelegten Lohnleitlinie zu beschränken.

Entscheidend für die Niederlage des Kampfes der Feuerwehrleute war die Entscheidung des Generalrates der TUC, des englischen Gewerkschaftsverbandes, den Streik der Feuerwehrmänner nicht zu unterstützen, da er sich gegen die Lohnleitlinie der Regierung richte. Die Entscheidung, knapp vor Weihnachten, fiel denkbar knapp aus: 20 Delegierte stellten sich hinter die Regierung und den TUC-Vorsitzenden Murray und 17 gegen die Lohnleitlinie und für die Feuerwehrleute.

Dem Willen der Mitglieder der TUC entsprach diese Entscheidung nicht. Zehntausende von Gewerkschaftern, hunderte von Gewerkschaftsorganisationen unterer Ebene und eine Reihe von Einzelgewerkschaften unterstützten den Kampf der Feuerwehrleute und ohne diese Unterstützung hätte er niemals acht Wochen andauern können. Die bürgerliche Presse, die Regierung und die Kapitalistenverbände hatten eine wilde Hetze gegen diesen Kampf entfaltet; es hieß, die Feuerwehrleute seien schuld am Tod von hunderten von Menschen, sie schauten zu, wie Arbeiterwohnhäuser und Bauernhöfe verbrannten, sie seien schuld am Tod von Patienten in Spitälern und Altersheimen. In Wahrheit unterschieden die Streikenden sehr genau, wo Hilfe am Platz war und wo nicht: So halfen sie bei Bränden von Bauernhöfen und Arbeiterwohnhäusern, soweit sie konnten, sie weigerten sich aber grundsätzlich, Fabriken und Kasernen vor dem Feuer zu retten.

Die englischen Arbeiter wußten sehr genau, daß dieser Kampf um mehr als nur die Verdienste der Feuerwehrleute geführt wurde.

Die englische Bourgeoisie macht in den letzten Monaten zunehmende Anstrengungen, um aus ihrer schlechten Konkurrenzsituation herauszukommen. Gestützt auf das Nordseeöl, das ihr einen nicht unbeträchtlichen Vorsprung bei der Energieversorgung gegenüber den anderen westeuropäischen Imperialisten garantiert, versucht sie, die krisengeschüttelte Wirtschaft zu sanieren und längst verlorene Absatzmärkte zurückzugewinnen. Der Weg dahin führt über die Verschärfung der Ausbeutung der englischen Arbeiterklasse durch entschiedensten Lohndruck und durch großangelegte kapitalistische Rationalisierung. Ihre Bemühungen, den Lohn zu drücken, waren nicht erfolglos

..., ihre Bemühungen, in der kapitalistischen Konkurrenz aufzuholen, haben schon immerhin dazu geführt, daß England, zum ersten Mal seit vielen Jahren, 1977 wieder eine positive Handelsbilanz hat und die Exporte um 6% steigern konnte. Doch zugleich mit diesen „Erfolgsmeldungen" weist das Blatt der englischen Hochfinanz, „Financial Times", darauf hin, daß die „Arbeitsproduktivität" immer noch unter dem europäischen Durchschnitt liege, und die Löhne noch nicht tief genug.

Die Labour-Regierung, unter starkem Druck des englischen Finanzkapitals, hat nun ihre „Lohnleitlinien"-Politik ausgearbeitet: Ihr Kern ist die Beschränkung von Lohnerhöhungen 1978 auf 10% (bei sinkenden Löhnen 1977 und bei einer Inflationsrate von 15%) und die Unterstützung der Versuche der großen Kapitalistenverbände, die Basis für Rationalisierungswellen durch die Einführung von Prämienlohnsystemen im Bergbau und in der Schwerindustrie zu schaffen.

Diese Politik der „staatlichen Lohnleitlinien" ist für das Überleben der Labour-Regierung wesentlich. Zugleich kann es in der gesamten Industriearbeiterschaft nur durchgesetzt werden, wenn die Labour-Regierung sie im staatlichen Sektor der Wirtschaft durchbringt. Damit aber wurde der Kampf der Feuerwehrleute zum Fanal für den gesamten Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen das ihr so verhaßte Prinzip der staatlichen Lohnleitlinie. Umgekehrt läßt sich nur aus dieser großen Bedeutung für den gesamten Klassenkampf die Hartnäckigkeit der Regierung erklären, trotz zunehmender ungünstiger öffentlicher Meinung, nicht vom 10%-Angebot abzugehen.

Die englischen Arbeiter gegen die Feuerwehrleute aufzuhetzen erwies sich als unmöglich für die Bourgeoisie; so konnte der Kampf nicht gewonnen werden. Im Gegenteil verstärkte jeder Tag des Kampfes die Einheit der englischen Arbeiterklasse und es rückte außerdem die Zeit Anfang 1978 heran, in der noch größere Tarifverhandlungen beginnen sollten. In dieser Lage halfen den Kapitalisten nur noch die sozialdemokratischen Führer der TUC, sie riskierten eine offene Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und erklärten offen, daß der Feuerwehrstreik vom Dachverband nicht unterstützt werde. Zugleich intensivierten die TUC-Führer den Druck auf die ebenfalls reformistische Führung der Feuerwehrgewerkschaft.

Während in der Arbeiterbewegung einiges in Gärung gekommen ist, setzt sich die Streikwelle fort. Die Elektrizitätsarbeiter haben angekündigt, daß sie sich nicht so wie die Feuerwehrleute behandeln lassen werden. Sie haben eine gewaltige Kampftradition, sie haben anläßlich des Krönungsjubiläums der Queen durch einen Bummelstreik in den E-Werken die Fernsehübertragung dieses „heroischen" Ereignisses.

Die Labour-Regierung hat einen Erfolg erreicht, sein Preis: Verringerung des Einflusses der regierenden Sozialdemokratie, Verstärkung des Hasses auf die Kapitalistenverbände, Schwinden des Einflusses der rechten Gewerkschaftsführung, weitere Schürung des politischen Gegensatzes zum Staat in der Arbeiterbewegung.

Die Tragödie von München und die gegenwärtige Beschwichtigungspolitik

Im letzten Viertel des Jahres 1977 war Europa Schauplatz zweier Konferenzen. In Wien tagten die Vertreter von NATO und Warschauer Pakt angeblich zum Zwecke der Truppenreduzierung. In Beograd fand die zweite Runde der KSZE statt. Diese soll am 10. Februar abgeschlossen werden.

Bei den Wiener Verhandlungen ging es so zu, wie schon seit Jahr und Tag. Da die beiden Supermächte nicht einmal Einheit darüber erzielen können, wie sie die Truppen, die sie in Europa stationiert haben, überhaupt zählen sollen, wurde auf dieser Konferenz noch nie ein Wort über wirkliche Abrüstung gesprochen. Die russische Truppenstärke in Mitteleuropa steigt und hat die Zahl von einer Million längst erreicht.

Die USA und ihre Verbündeten versuchen angesichts der russischen Überlegenheit an konventioneller Militärmacht, beschleunigt aufzurüsten und ihre Truppenzahlen zu erhöhen.

Das ist unter anderem der wirkliche Hintergrund, vor dem die KSZE-Folgekonferenz in Beograd wieder stattfinden wird; daneben weiß schon jeder Mensch in Europa, daß das Gerede in Helsinki und Beograd die wahnwitzige Aufrüstung in keiner Weise vermindert hat. In Beograd ist auch praktisch nichts passiert, was ernsthaft auch nur den Anschein erwecken könnte, daß es so etwas wie eine internationale Entspannung gäbe. Die beiden Supermächte haben sich dort aller möglichen Verstöße gegen die „Schlußakte" bezichtigt.

Die US-Imperialisten traten in Beograd schärfer auf, als in Helsinki, während die westeuropäischen Diplomaten der russischen Delegation weiter entgegenkommen wollten. Eine wirkliche Änderung in der Haltung aber auch der US-Imperialisten kann jedoch in keiner Weise konstatiert werden (siehe auch Klassenkampf 25/77 über die Beschwichtigungspolitik des US-Imperialismus).

In einer solchen Lage ist es umso wichtiger, daß sich die Völker der Welt Klarheit über die Bedeutung der Beschwichtigungspolitik, ihrer Wirkung hinsichtlich des Krieges zwischen den beiden Supermächten und den daraus erwachsenden Aufgaben im Kampf gegen den Krieg verschaffen.

Die chinesischen Genossen haben in der Peking Rundschau einen Artikel veröffentlicht, der die historischen Lehren aus der Beschwichtigungspolitik am Vorabend des 2. Weltkrieges, die gegenwärtige Variante dieser Politik und die heutigen Aufgaben im internationalen Klassenkampf in diesem Zusammenhang darlegt. Wir bringen diesen Artikel in dieser und in der nächsten Nummer des Klassenkampfes auszugsweise.

Die historischen Erfahrungen zeigen: Angesichts einer ernsten Kriegsgefahr nehmen Menschen unterschiedliche Haltungen ein. Am Vorabend des II. Weltkriegs, als die Gefahr eines Aggressionskriegs seitens Hitlerdeutschlands wuchs, diskutierte man in Westeuropa, welche Haltung man in dieser Frage einnehmen sollte.

Heute, angesichts der ernsten Kriegsgefahr durch den sowjetischen Sozialimperialismus, gibt es im Westen eine ähnliche Beschwichtigungstendenz wie in den dreißiger Jahren. Offensichtlich haben einige Politiker die bittere Lehre der Münchener Tragödie von 1938 bereits vergessen. Angesichts der aktuellen Lage müssen wir uns die Ereignisse der dreißiger Jahre ins Gedächtnis zurückrufen und die schwerwiegenden Folgen der Beschwichtigungspolitik Chamberlains klar vor Augen haben.

Die Beschwichtigungspolitik der Dreißiger Jahre

Wie beschleunigte die Beschwichtigungspolitik der dreißiger Jahre den Ausbruch des II. Weltkriegs?

Nach der Annexion Österreichs im Jahre 1938 erhob Hitler unter dem Vorwand, das tschechische Sudentenland sei von Deutschen bewohnt, Anspruch auf dieses Gebiet. Großbritannien, damals das größte Kolonialreich der Welt und die stärkste Macht in Europa, fühlte sich durch das aufsteigende Hilterdeutschland und die Bildung der faschistischen Achse Berlin-Rom-Tokio ernstlich bedroht. Die herrschende britische Clique versuchte, der Aggressions- und Expansionspolitik Hitlers mit einer Beschwichtigungspolitik der „Nichteinmischung" zu begegnen. Sie hoffte, den Angriff Hitlers nach Osten auf die Sowjetunion abzulenken, um als lachender Dritter ihre Dominanz in Europa und ihre Kolonialinteressen in Asien, Afrika und Ozeanien aufrechtzuerhalten. So machte Großbritannien angesichts der Kriegsdrohung Hitlers ständig Zugeständnisse. Chamberlain begab sich dreimal nach Deutschland zu Gesprächen mit Hitler, um die „Sicherung des Friedens in Europa" zu erbetteln. Im September 1938 gingen die britischen und französischen Verfechter der Beschwichtigungspolitik mit den deutschen und italienischen Faschisten in München ein verräterisches Abkommen ein und präsentierten Hitler die Tschechsolowakei. Dadurch machte sich in Europa die Beschwichtigungspolitik breit, die der Ausweitung der Aggression Hitlers Tür und Tor öffnete. Das war die Tragödie von München, die noch heute von allen Völkern verdammt wird.

Diese gegenüber dem deutschen Faschismus nachsichtige Beschwichtigungspolitik führte dazu, daß Hunderte Millionen Menschen von einer beispiellos schweren Katastrophe heimgesucht wurden. Aus diesen historischen Ereignissen kann man sehr nützliche Lehren ziehen.

Die Verfechter der Beschwichtigungspolitik entschuldigten mit allen Mitteln die Expansionspläne Hitlers, so daß der plötzliche Kriegsausbruch die Völker völlig unvorbereitet traf. Chamberlain gab sich der Illusion hin, wenn „Hitler sein Wort gegeben hat, kann man darauf vertrauen". Den anmaßenden Anspruch Hitlers auf das Sudetenland nannte er einen „Streit zwischen Völkern in einem weitentfernten Land". Er schenkte Hitlers scheinheiligem Versprechen, dies sei seine letzte territoriale Forderung in Europa, Glauben.

Die Befürworter der Beschwichtigungspolitik in den 30er-Jahren hofften, durch eine sogenannte Abrüstung die Aufrüstung Hitler-Deutschlands einzuschränken und ein militärisches „Gleichgewicht" zu schaffen. Unter Leitung des Völkerbundes fand eine Abrüstungskonferenz nach der anderen statt. Aber Deutschland beschleunigte nur seine Kriegsvorbereitung unter dem Rauchvorhang der Abrüstung. Chamberlain und seinesgleichen glaubten blindlings an das „Rüstungsgleichgewicht". Im Namen der Wahrung der „Überlegenheit" der britischen Marine unterzeichneten sie sogar entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Begrenzung der deutschen Marine mit Deutschland ein Marineabkommen, nach dem die deutsche Kriegsflotte ein Drittel der britischen erreichen durfte. Von der Beschwichtigungspolitik ermuntert, mißachtete Nazi-Deutschland alle Verträge über die Beschränkung der deutschen Rüstung und rüstete in großem Umfang auf. Ein derartig großes Waffenarsenal machte die Aggressoren kriegslüstern. Im September 1939 entfesselte Hitler in Europa einen großangelegten Krieg. Die umfangreichen Abrüstungsgespräche in den dreißiger Jahren endeten schließlich im II. Weltkrieg.

Diese Beschwichtigungspolitik fand noch einen anderen Ausdruck. Um aus ihrem wirtschaftlichen Dilemma herauszukommen, sahen die Monopolkapitalgruppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in Deutschland, dem Verlierer des I. Weltkriegs, ein Objekt für Kapital- und Warenexport. Seit Anfang der zwanziger-Jahre gaben die USA, Großbritannien und Frankreich im Rahmen des Dawes- und Young-Plans dem wirtschaftlich geschwächten Deutschland Bluttransfusionen, und zwar durch Kürzung der deutschen Reparationen und großzügige Kredite. Sie nährten eine Schlange, um am Ende von ihr aufgefressen zu werden. Dank dieser Hilfe konnte Hitler seine Aggressionstruppen bis an die Zähne bewaffnen. Er benutzte die britischen und amerikanischen Investitionen zum Bau zahlreicher Fabriken zur Herstellung von Kraftwagen, Panzern, Flugzeugen und anderer militärischer Ausrüstungen. Im deutschen Waffenarsenal gab es britische U-Boote, französische Panzer und amerikanische Flugzeugmotoren. Nach Ausbruch des II. Weltkrieges im September 1939 fiel die Wehrmacht mit Panzern, Kraftwagen und Motorrädern der amerikanischen Firma General Motors in Polen ein. Ein Hohn auf die Verfechter der Beschwichtigungspolitik!

Der Kern der Beschwichtigungspolitik Chamberlains bestand in dem Versuch, das Unheil nach Osten zu lenken. Deutschland sollte, durch Kompromisse und Zugeständnisse beschwichtigt, den Westen, d.h. Großbritannien und Frankreich, in Ruhe lassen und nach Osten, zum Angriff auf die sozialistische Sowjetunion gelenkt werden. Mit dem Münchener Abkommen zahlten Großbritannien und Frankreich die Tschechoslowakei als Preis für den Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion. Da Hitler Chamberlain und seinesgleichen durchschaute, schwang er die antibolschewistische Flagge und griff zur Strategie „Scheinmanöver im Osten, Angriff im Westen". Zuerst fielen die Deutschen in Polen, dem Nachbarn der Sowjetunion, ein, sodann unternahmen sie einen Überraschungsangriff auf Großbritannien und Frankreich. Resigniert klagte Chamberlain: „Alles, wofür ich in meinem politischen Leben gearbeitet, worauf ich gehofft und woran ich geglaubt habe, ist zerronnen". Die Geschichte hat über die Vertreter der Beschwichtigungspolitik ein hartes Urteil gefällt. In einer Stellungnahme dazu sagte der Vorsitzende Mao: *„Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße – das wird das unvermeidliche Ergebnis der Chamberlainschen Politik sein'. Chamberlain begann mit der Absicht, anderen zu schaden, und endete mit dem Ergebnis, daß er sich selbst geschadet hat. Das wird die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung einer jeden reaktionären Politik sein".* (Gespräch mit einem Korrespondenten der Zeitung Hsinhua Jibao über die neue internationale Lage", 1939).

Der Schatten eines neuen München

Nahezu 40 Jahre sind seit Unterzeichnung des Münchener Abkommens verstrichen, und in der Welt von heute zeichnen sich radikale Veränderungen ab. Die Länder der Dritten Welt, mit der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung haben bereits das Kolonialjoch abgeschüttelt und die Unabhängigkeit und Befreiung erkämpft bzw. sind gerade dabei. Sie haben ihren Zusammenschluß verstärkt, kämpfen gemeinsam und bilden die Hauptkraft im gegenwärtigen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. die alten imperialistischen Mächte in Westeuropa, deren Kraft geschwächt worden ist, werden von den beiden Supermächten schikaniert und bedroht und gehören zur Zweiten Welt. Nur die beiden Supermächte, die den anderen imperialistischen Ländern überlegen sind, haben heute die Fähigkeit, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln. Kämpften damals Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland, Italien und Japan andererseits um die Weltherrschaft, so heute die beiden Supermächte. Das ist eine neue Erscheinung nach dem II. Weltkrieg.

Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten bestimmt sich nach dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus. Gegenwärtig befindet sich die Sowjetunion in der Offensive, die USA in der Defensive. Wie in dem damaligen Großbritannien macht sich heute in den USA eine Beschwichtigungsströmung breit. Gewisse Vertreter der amerikanischen Monopolbourgeoisie treten für eine Konzessions- und Beschwichtigungspolitik gegenüber der Sowjetunion ein. Sie treten in die Fußstapfen Chamberlains, um die Globalinteressen der USA zu wahren. Unter dem Einfluß der amerikanischen Beschwichtigungspolitik und angesichts der Kriegsgefahr und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten greift die Beschwichtigungstendenz auch in Westeuropa um sich. Der Schatten eines neuen München taucht auf.

Wie arbeiten die heutigen Verfechter der Beschwichtigungspolitik auf ein neues München hin?

Wie ihre Vorgänger spielen sie mit aller Kraft die expansionistischen Ambitionen der Sowjetunion herunter und klammern sich an das Trugbild vom Frieden. Gewisse Leute in den USA verbreiten den Unsinn, „das Auftreten der Sowjetunion als Supermacht ist nicht zu verhindern", es gebe daher keinen anderen Ausweg als „Entspannung". Zugleich trösten sie sich damit, daß die USA – obschon geschwächt – insgesamt „der Sowjetunion immer noch überlegen sind" und daß die sowjetische Bedrohung „gar nicht so ernst" sei. Die sogenannte Sonnenfeldt-Doktrin erklärt Osteuropa offen zum sowjetischen Einflußgebiet, um die Sowjetunion zu besänftigen. Gemeinsam mit der Sowjetunion beriefen die USA die „Europäische Sicherheitskonferenz" ein, die scheinbar Frieden bringen sollte, in Wirklichkeit aber die ernste Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion verdeckt hat. Einige Westeuropäer fallen auf die sowjetische „Entspannung" herein und behaupten, die sowjetische Politik sei „im wesentlichen eine Entspannungspolitik" und es gebe „keinerlei Anhaltspunkte dafür", daß die Sowjetunion über die verbündeten Ländern herfalle. Was für eine verblüffende Ähnlichkeit mit der Verharmlosung Hitlers durch Chamberlain!

Wie ihre Vorgänger versuchen sie durch Abrüstung die sowjetischen Schritte zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu kontrollieren und die eigene militärische „Überlegenheit" oder zumindest das „Gleichgewicht" zu wahren. Angesichts der rapiden Aufblähung des sowjetischen Militärpotentials trösten sich gewisse Leute in den USA und in Westeuropa damit, daß die militärische Kraft des Warschauer Paktes an sich „keine Bedrohung für die westliche Sicherheit" darstelle, daß „die Verminderung des Verteidigungspotentials den Westen nicht schwächen" werde. Aber weder Gespräche über den Truppenabbau in Mitteleuropa noch Gespräche über die Beschränkung der strategischen Kernwaffen konnten das Anwachsen des sowjetischen Militärpotentials verhindern.

In der nächsten Nummer des „Klassenkampf" bringen wir den Schluß des Artikels, der weitere Aspekte der Beschwichtigungspolitik darstellt und die Lehren für den Kampf der Völker der Welt gegen den Krieg zieht.

Wachsende Energieabhängigkeit Österreichs von der Sowjetunion

Die österreichischen Imperialisten orientierten sich bei den Erdöl- und Erdgasimporten in den letzten Jahren immer stärker auf die UdSSR. 1974 wurden 50,8% der gesamten verbrauchten Energie mit Erdöl gedeckt. Auch bei der Gesamteinfuhr von Energie machten die flüssigen Brennstoffe einen Hauptteil aus (63%). Wurden 1974 erst 13,2% des gesamten Rohölimports aus der Sowjetunion bezogen, so beträgt der Anteil der Sowjetunion im Jahre 1977 bereits 27,8%. Damit ist die UdSSR zum zweitgrößten Öllieferanten Österreichs geworden.

Noch stärker zeigt sich diese Tendenz beim Erdgas:

1974 stammten 17,4% der gesamten verbrauchten Energie in Österreich aus Naturgas. Die Hälfte der benötigten Naturgasmenge wird im Inland gewonnen, die andere Hälfte, und damit fast 100% der Gasimporte werden aus der Sowjetunion bezogen.

Seit 1968 kam es zum Abschluß von 3 großen Erdgasverträgen zwischen der Sowjetunion und Österreich. Danach bezog Österreich ab 1968 jährlich 1,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas, ab 1974 wurde die jährliche Menge auf 2 Mrd. Kubikmeter aufgestockt und ab 1978 wird Österreich 20 Jahre lang mindestens 2,4 Mrd. Kubikmeter Erdgas jährlich aus der Sowjetunion beziehen.

An jeden dieser Verträge war ein Vertrag der Sowjetunion mit der VÖESt-Alpine über die Lieferung von Röhren für Erdgasleitungen gekoppelt. Finanziert wurden diese Lieferungen über die österreichische Kontrollbank, die der Sowjetunion jeweils einen Kredit in der Höhe von 2 bis 3 Mrd. S zur Verfügung stellte. Diese Kredite wurden dann in Form der Erdgaslieferungen an Österreich zurückgezahlt.

Wie der sowjetische Handelsrat Nikolajenko in einem Vortrag im November 1977 in Wien betonte, handelt es sich bei diesen Geschäften um „eine neue und aussichtsreiche Form der Zusammenarbeit". Das Grundprinzip bestehe darin, daß die westlichen Industrieländer der Sowjetunion Ausrüstungen und know-how unter Gewährung langfristiger Kredite liefern, die Begleichung der Kredite erfolge dann durch den Verkauf von sowjetischem Erdgas.

Seit 1974 ist die Sowjetunion der größte Erdölproduzent der Welt. Dieser Zweig der Produktion spielt für die gesamte sowjetische Volkswirtschaft eine sehr entscheidende Rolle. Aus ihrem Erdöl- und Erdgasexporten schlagen die Sozialimperialisten riesige Profite. 1976 machten die Ölexporte mehr als ein Viertel der gesamten sowjetischen Exporte aus. 75 Mio t exportierte die Sowjetunion allein in die RGW-Länder, und deckten damit zu 90% den Erdölbedarf der kleineren RGW-Länder. Damit wird die Abhängigkeit dieser Länder von der Supermacht Sowjetunion besiegelt und weiter verstärkt. Aus den Lieferungen von Erdöl und Erdölprodukten an die westlichen Imperialisten hat die Sowjetunion 1976 5,5 Mrd. Dollar eingenommen, was über 50% ihrer Gesamteinnahmen an konvertiblen Devisen ausmachte. („Die Presse", 23. 12. 77).

Durch Gegengeschäfte bezieht die UdSSR für sie wichtiges „know-how" für Industrieanlagen, meist solche der stahlverarbeitenden Industriezweige, bei denen sich die ökonomische Zurückgebliebenheit der UdSSR für den Kampf um die Weltherrschaft drückend auswirkt.

Die beiden Supermächte Sowjetunion und USA führen heute einen weltweiten Kampf um Absatzmärkte, Anlagesphären für ihr Kapital und fremde Rohstoffquellen. Sie sind darum bemüht, ihre strategischen Positionen auszubauen und zu festigen und dabei die Macht des Rivalen zu unterminieren. Die Rivalität der Supermächte treibt unweigerlich auf einen neuen Weltkrieg zu. In dem Verhältnis der beiden Supermächte, in dem die Sowjetunion die aggressivere Macht darstellt, hat Westeuropa eine wichtige Rolle. Der Sowjetunion geht es heute darum, in Westeuropa Fuß zu fassen, einzelne westeuropäische Länder ökonomisch von sich abhängig zu machen und so auch politisch auf sie Druck ausüben zu können.

Bei dieser Strategie spielt der Export von Energieträgern, wie Erdöl und Erdgas, eine wichtige Rolle. Über verstärkte Lieferungen an die westlichen Imperialisten versucht die Sowjetunion, in diesen Ländern an Boden zu gewinnen.

Die westeuropäischen Imperialisten sahen Anfang der 70er-Jahre in russischen Energielieferungen sowohl ein Druckmittel gegen die erstarkenden Länder der Dritten Welt, vor allem gegen die OPEC, als auch ein Mittel um profitable Gegengeschäfte und Kredite mit den COMECON-Ländern unterzubringen. Dabei nahmen sie die Abhängigkeit von der Sowjetunion bewußt in Kauf. Viele Imperialisten meinten, diese sei weitaus harmloser, als ein Nachgeben gegenüber den gerechten ökonomischen und politischen Forderungen der OPEC-Länder.

Die Sowjetunion versucht die westlichen europäischen Länder zu einer finanziellen Beteiligung an der Erschließung der sowjetischen Erdgasvorräte zu gewinnen. Haben die westlichen Imperialisten einmal ihr Kapital in den Bau solcher Erdgaspipelines gesteckt, so kalkulieren die Sozialimperialisten, werden sie sich auch auf lange Sicht auf Erdgaslieferungen über diese Leitungen aus der Sowjetunion orientieren.

Für die österreichischen Konzerne, die Betriebe der Verstaatlichten, und die großen Banken sind diese „neuen Formen der Zusammenarbeit" im einzelnen oft aussichtsreiche Geschäfte, um momentan den Absatz zu erhöhen oder angehäuftes Geldkapital profitabel anzulegen. Insgesamt steigt jedoch durch diese Geschäfte die Abhängigkeit und haben sie sich einmal in solche Geschäfte richtig verstrickt, so können die russischen Erdgasmonopole und die Außenhandelsbanken den Spieß umdrehen und den österreichischen „Partnern" diktieren.

Die österreichische Kontrollbank verlangte für den 1974 vereinbarten Kredit an die Sowjetunion einen Zinssatz von 12%. Die Sowjetunion akzeptierte jedoch nur einen Zins von 6%. Die restlichen 6% Zinsen müssen nun vom Staat, d.h. also von den österreichischen Steuerzahlern in die Taschen des Finanzkapitals gezahlt werden.

Beim jüngsten Projekt, dem Bau der mitteleuropäischen Gasleitung 'Megal' („Westeuropa baut sein bisher größtes Erdgassystem" – „Die Presse") – spielt die Sowjetunion eine wichtige Rolle. Diese Gasleitung soll vom Iran über die Sowjetunion nach Westeuropa führen. Die Sowjetunion soll Erdgas aus Persien einführen, während sowjetisches Gas über dieses Erdgassystem nach Westeuropa geleitet werden soll. Auch Österreich wird über eine Anschlußleitung mit diesem Netz verbunden sein. An diesem Projekt, das einen Investitionsaufwand von mehr als 1 Mrd. DM erfordert, ist die deutsche Ruhrgas AG mit 50%, Italien und Frankreich mit je 20%, und die ÖMV mit 10% beteiligt.

Bei diesem Projekt zahlt die Sowjetunion für eine Pipeline, die über sowjetisches Gebiet laufen wird, keinen Groschen. Die österreichische Bourgeoisie begibt sich über diese Pipelineverträge in weitere Abhängigkeit von der Sowjetunion. Dabei ist die Orientierung der österreichischen Erdöl- und Erdgasimporte auf die Sowjetunion heute bereits stärker als im Durchschnitt die der westeuropäischen Länder: Entfallen in den westeuropäischen Ländern 5% der gesamten Erdölimporte auf die Sowjetunion, so bezieht Österreich 1977 bereits 27,8% des Erdölimports aus der Sowjetunion.

Rechnet man in den 80er-Jahren in den westeuropäischen Ländern damit, daß 12% des Erdgasbedarfs aus oder über die Sowjetunion gedeckt werden, so deckt heute Österreich nahezu 50% seines Bedarfs aus der Sowjetunion und werden es dann 70% sein.

Das Megalprojekt verstrickt Österreich noch weiter in die Abhängigkeit von den russischen Erdgaslieferungen. Zugleich ist die Einbindung der österreichischen Erdgasgeschäfte in den westeuropäischen Energieverbund durchaus willkommen, erwarten sie dadurch doch eine gewisse Absicherung ihrer Position gegenüber der Sowjetunion.

Eine andere Seite des Megalprojektes ist es auch, daß sich die ÖMV erwartet, an der Seite der großen französischen und westdeutschen Mineralölkonzerne energischer gegenüber dem Iran auftreten zu können und bei der Ausplünderung seiner Rohstoffe energischer teilnehmen zu können. Immerhin haben sie ihm schon 30% der Baukosten der Pipeline aufhalsen können.

Die wachsende Abhängigkeit von der Sowjetunion kümmert die österreichischen Imperialisten wenig. Die „Arbeiterzeitung" hat jüngst erfreut mitgeteilt, daß es gelungen sei, den OPEC-Anteil an der Rohölversorgung Österreichs durch eine Verdoppelung des sowjetischen zu senken. Das sowjetische Erdöl sei auch „preislich interessanter" und die OPEC-Länder könnten da eben nicht mehr mit.

Erpressung gegenüber der 3. Welt und Steigerung der Abhängigkeit gegenüber der Sowjetunion kennzeichnet auch das neue Algeriengeschäft der ÖMV. 1973 war schon einmal so ein Erdgasgeschäft mit Algerien gescheitert, weil Algerien nicht bereit war von einem Ölkonsortium einiger westeuropäischer Länder unter Einschluß Österreichs sich den Gaspreis diktieren zu lassen. Und auch jetzt gibt es wieder Schwierigkeiten mit dem Preis. Algerien ist nicht bereit einen Teil der Transportkosten des Gases zu tragen, meldet die „Presse" entrüstet. Es beharrt auf einem gerechten Preis für das Erdgas.

Diesmal wollen die österreichischen Imperialisten aber offensichtlich abschließen. Die Credit-Anstalt beteiligt sich an einem Kredit für die algerische staatliche Erdöl- und Erdgasgesellschaft zum Aufbau einer Raffinerie und SGP und VÖESt werden am Bau der Raffinerie mitwirken. Sie steigen also in Algerien schon ins Ölgeschäft ein.

Hauptzweck des Algerienvertrages ist es übrigens auch nur, das Risiko der sowjetischen Abhängigkeit zu teilen, ähnlich wie beim Megalvertrag. Denn auch beim Zustandekommen des Vertrages wird Österreich russisches Gas beziehen und zwar solches, das Italien über die Trans-Austria-Pipeline bezieht, während Italien das österreichische Algeriengas beziehen würde. An diesem Geschäft kann man die Abenteuerlichkeit der imperialistischen Erdgasverträge deutlicher sehen: Erpressung der Länder der 3. Welt, Erhöhung der Abhängigkeit von der sowjetischen Supermacht und Absicherung bei westeuropäischen Natoländern.

Erklärung der kampuche

Pich Cheang, Botschafter des Demokratischen Kampuchea in China, gab am 31. Dezember 1977 eine Pressekonferenz. Auf der Pressekonferenz verlas er den vollen Wortlaut der am gleichen Tag veröffentlichten Erklärung der Regierung des Demokratischen Kampuchea.

In der Erklärung heißt es: Seit September 1977 hat die Armee der Sozialistischen Republik Vietnam mit mehreren Infanterie-Divisionen aus Hanoi, Hunderten von Panzern und schwerer Artillerie, des öfteren auch mit Luftunterstützung, systematische und großangelegte Invasionsakte gegen das Demokratische Kampuchea unternommen, um die Reisernte in der Ostregion, in Trapeang Phlong, Stung, Krek und Memot zu rauben. Danach, im November 1977 unternahm die vietnamesische Armee aggressive Invasionsakte gegen die Provinz Svay Rieng und drang Dutzende von Kilometern in die Bezirke Rumduol, Prasaut, Kompong Rau und Chantrea ein. Im Dezember unternahm sie wiederholt großangelegte Invasionsakte gegen die Bezirke Koh Andet und Kirivong in der Provinz Takeo und gegen den Bezirk Kompong Trach in der Provinz Kampot. Gleichzeitig griff die vietnamesische Armee jeden Tag mit Maschinengewehren andere Gebiete des Territoriums des Demokratischen Kampuchea an und beschoß sie, wie in den Grenzprovinzen Ratanakiri, Mondolkiri, Kratie, Prey Veng und Kandal. Die vietnamesische Armee hat die Ernte auf 2000 bis 3000 ha kampucheanischen Reisfeldern in Trapeang Phlong, Stung, Krek und Memot geplündert, über 4000 ha in der Provinz Svay Rieng und über 2000 ha in Koh Andet und Kirivong in der Provinz Takeo. Außerdem wollten die vietnamesischen Aggressionstruppen durch Zerstörung der Kautschukplantagen und Anzünden der Wälder die kampucheanische Wirtschaft untergraben.

Die Erklärung legt die Ursache der obenerwähnten vietnamesischen Akte dar: Die Grundursache ist, daß Vietnam seit langer Zeit das strategische Ziel verfolgt, Kampuchea in eine „Indochina-Föderation" unter der Fuchtel Vietnams zu bringen.

„Ungeachtet dieser von Vietnam begangenen Akte wünscht Kampuchea gute nachbarliche Beziehungen zwischen wahren Freunden, hat eine kluge und umsichtige Haltung eingenommen und sich für die Solidarität mit Vietnam eingesetzt. Aber zugleich hat es stets am Standpunkt der Unabhängigkeit, Souveränität und des Selbstvertrauens, an der Ehre und Würde seiner Nation und seines Volkes festgehalten."

Die Erklärung wirft einen Blick zurück auf die Beziehungen zwischen Kampuchea und Vietnam sowie auf die Bemühungen der Regierung des Demokratischen Kampuchea bei der Suche nach einer friedlichen Lösung der Territorialfrage: „Das Demokratische Kampuchea hat unerwandt an seinem Standpunkt festgehalten, suchte Freundschaft mit Vietnam und war stets bestrebt, die Frage im Sinne der Freundschaft zu lösen. Nach Auffassung des Demokratischen Kampuchea kann nur ein solcher Standpunkt zur Lösung des Problems zwischen beiden Ländern führen." „Aber die vietnamesische Seite hat diesem Wunsch des Demokratischen Kampuchea nicht Rechnung getragen."

„Wenn ausländische Berater, Experten oder kommandierende Offiziere an den Angriffen, der Aggression oder Invasion gegen das Demokratische Kampuchea teilnehmen, betrachtet die Regierung des Demokratischen Kampuchea sie und ihre Regierungen als direkte Aggressoren gegen das Demokratische Kampuchea und sein Volk". Sie fordert sie auf, „ihre Interventions- und Aggressionsakte gegen das Demokratische Kampuchea unverzüglich ein-

anischen Regierung/ Erklärung der vietnamesischen Regierung

zustellen."

Die Erklärung bekräftigt die Außenpolitik des Demokratischen Kampuchea: „Das Demokratische Kampuchea hat den Wunsch und ist fest entschlossen, enge und freundschaftliche Beziehungen mit allen angrenzenden Ländern sowie mit allen Ländern auf der Welt zu unterhalten, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität."

„Das Demokratische Kampuchea hält sich an eine Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und Blockfreiheit. Es wird keinem anderen Land erlauben, auf seinem Territorium militärische Stützpunkte zu errichten. Es ist gegen jegliche äußere Einmischung in seine inneren Angelegenheiten und kämpft entschieden gegen alle fremden Subversions- und Aggressionsakte, ganz gleich, ob es sich um militärische, politische, kulturelle, wirtschaftliche, gesellschaftliche, diplomatische oder sogenannte humanitäre Akte handelt."

„Das Demokratische Kampuchea mischt sich niemals in die inneren Angelegenheiten irgendeines Landes ein. Es hält strikt an dem Prinzip fest, daß jedes Land unabhängig ist und das Recht hat, seine inneren Angelegenheiten ohne äußere Einmischung zu erledigen und zu entscheiden."

„Das Demokratische Kampuchea bekennt sich zur großen Gemeinschaft der blockfreien Länder".

„Das Demokratische Kampuchea tut sein möglichstes, um die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika und mit allen friedund gerechtigkeitsliebenden Völkern in der Welt zu stärken und aktive gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für wirkliche Unabhängigkeit, Frieden, Freundschaft, Demokratie, Gerechtigkeit und Fortschritt auf der Welt zu leisten".

Einem Bericht der vietnamesischen Nachrichtenagentur (VNA) zufolge, veröffentlichte die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam am 31. Dezember 1977 eine Erklärung zur vietnamesischen kampucheanischen Grenzfrage.

In der Erklärung heißt es: „Es ist die Politik der Sozialistischen Republik Vietnam, daß die Grenz- und Territorialfrage zwischen Vietnam und Kampuchea mit dem Demokratischen Kampuchea auf der Basis der gegenseitigen Achtung der territorialen Souveränität gelöst werden soll, und zugleich durch die Festigung und Verstärkung der Beziehungen der Solidarität und brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Dadurch soll auf Dauer eine Grenze der Freundschaft zwischen Vietnam und Kampuchea nach gerechten und vernünftigen Prinzipien geschaffen werden".

Die Erklärung beschreibt die „wachsende Spannung an der Grenze" zwischen Vietnam und Kampuchea.

Sie verweist auf die Verhandlungen zwischen der Kommunistischen Partei Vietnams und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und der Kommunistischen Partei Kampucheas und der Regierung des Demokratischen Kampuchea „zur raschen Lösung der Grenzfrage zwischen den beiden Ländern".

Sie fügt hinzu: „Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam schlägt erneut vor, daß die beiden Seiten möglichst bald zusammentreffen, gleich auf welcher Ebene, um die Grenzfrage zwischen den beiden Ländern im Geist brüderlicher Freundschaft gemeinsam zu lösen".

Die vietnamesische Botschaft in China gab am 31. Dezember 1977 eine Presseerklärung über die Zusammenstöße an der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze heraus.

In der Erklärung heißt es, daß die Politik gegenüber Laos und Kampuchea in der Resolution des IV. Parteitages der Kommunistischen Partei Vietnams klar festgelegt worden sei, nämlich: „Sich um die Aufrechterhaltung und Entwicklung der besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen, dem laotischen und dem kampucheanischen Volk bemühen", damit „die drei Länder, die sich ursprünglich im Kampf um die nationale Befreiung gegenseitig unterstützt haben, auch in der Sache des nationalen Aufbaus und der nationalen Verteidigung und im Interesse der Unabhängigkeit und des Gedeihen jeden Landes für immer miteinander verbunden bleiben".

Stellungnahmen offizieller Vertreter der Volksrepublik China

Ein offizieller Sprecher erklärte Ende Dezember zu den bewaffneten Auseinandersetzungen: „Wir bedauern dies, wir hoffen, daß dieses Problem durch friedliche Verhandlungen in Übereinstimmung mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelöst werden wird."

Anfang Jänner erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China : „Beide Parteien müssen die Kämpfe einstellen. Die Armee, die die Grenze überschritten hat, muß das besetzte Gebiet räumen. Dann müssen Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Streitfrage beginnen."

Ein Artikel in „Zeri i Popullit"

Im Artikel heißt es: „Es ist der Wunsch der Partei der Arbeit Albaniens und der Regierung unserer Sozialistischen Volksrepublik sowie des albanischen Volkes, daß die Kämpfe und das Blutvergießen so schnell wie möglich eingestellt werden. Zugleich müssen die Streitkräfte, die möglicherweise die nationale Grenze des jeweiligen anderen Staates überschritten haben, sofort auf das eigene Gebiet zurückkehren."



Diese Broschüre der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays gibt einen Überblick über die Geschichte des Landes seit der Kolonisierung im 16. Jahrhundert, den Kampf der Spanier und Portugiesen um den Landstreifen östlich des Rio de la Plata, das Vordringen der englischen Handelsherren, bis hinauf in die Gegenwart, wo das uruguayische Volk von einer faschistischen, vom US-Imperialismus eingesetzten Militärdiktatur geknechtet ist. Sie macht mit der langen revolutionären Tradition des uruguayischen Volkes bekannt und erläutert die Aufgaben, vor denen die Arbeiterklasse und das Volk Uruguays im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus heute stehen: Sturz der Herrschaft des Imperialismus und der Großgrundbesitzeroligarchie durch die Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse, Weiterführung der Revolution bis zum Sieg des Sozialismus.

In der national-demokratischen Revolution kann das uruguayische Volk an die Erfahrungen der antikolonialen Revolution unter General Artigas am Anfang des 19. Jahrhunderts anknüpfen.

„Sie richtete ihren Hauptstoß gegen die Oligarchie der Grundbesitzer und den englischen Handel." Nach jahrelangen Kämpfen um die Unabhängigkeit konnte die Revolution unter Führung Artigas 1815 Montevideo, die heutige Hauptstadt, einnehmen und konnte sie 2 Jahre Lang verteidigen.

„Während seiner Regierungszeit erließ General Artigas zwei grundlegende Gesetze: die Verordnung zum Landbesitz und zur Entwicklung der Landwirtschaft und das Zollgesetz. Mit dem ersten enteignete er ohne Entschädigung die Grundbesitzeroligarchie und verteilte das Land mitsamt dem Vieh an die armen Bauern, wobei er sie zu Hühnerhaltung, Obstbau und 'Ranchos'-Bau (Hütten aus Stroh und Lehm, ärmliche Behausung der Landarbeiter) verpflichtete.

Die Grundbesitzeroligarchie organisierte im Verein mit den Engländern die Konterrevolution, riß die Macht wieder an sich und schloß 1828 den Unabhängigkeitsvertrag.

„Zusammenfassend kann man sagen, daß die Geschichte Uruguays seit der Unabhängigkeit die Geschichte des Kampfes zwischen dem Volk und der Grundbesitzeroligarchie und zwischen der Nation und dem Imperialismus ist.

Nachdem das Volk vorübergehend besiegt worden war, festigte sich am Ende des 19. Jahrhunderts der Staat der Diktatur der Grundbesitzeroligarchie und dabei spielte die Diktatur Latorre eine äußerst konterrevolutionäre Rolle.

Mit dem Übergang des Kapitalismus in den Imperialismus und dem Eindringen des ausländischen Kapitalismus in das Land nahmen die grundlegenden Widersprüche der uruguayischen Gesellschaft einen neuen Aufschwung und bekamen eine neue Form. Das Proletariat tritt im Klassenkampf auf den Plan und die nationale Bourgeoisie entwickelt sich."

Nach 1955 verstärkt der Yankee-Imperialismus seinen Zugriff auf das Land, beutet es bis zum Äußersten aus, was zu verschiedenen Veränderungen führt, die gegen das Volk, die Demokratie und die Nation gerichtet sind. Das trifft zu für die Währungs- und Wechselkursreform 1959, für die Verfassungsreform von 1966, für die Regierungszeit Pachecos (der nach dem Tod von Präsident Gestido von 1967 – 1971 regierte und unterdrückerische Gesetze und den 'permanenten Belagerungszustand' einsetzte) und schließlich für den faschistischen Staatsstreich 1973.

Alle Errungenschaften des Volkes, der 'Wohlfahrtsstaat', die 'Schweiz Amerikas' werden in weniger als einein halb Jahren zunichte gemacht, wodurch die grundlegende Struktur des Landes schonungslos bloßgelegt wird. Diese Struktur muß durch eine echte Revolution zerschmettert werden, die sich entschieden gegen die Grundbesitzeroligarchie und die Lakaien des Imperialismus richtet, gegen den Großgrundbesitz und gegen das Auslandskapital der größten ausländischen imperialistischen Mächte, insbesondere des US-Imperialismus."

Komitee zur Unterstützung von „Prensa libre" (Uruguay) im Aufbau

Eine Gruppe von antiimperialistisch und antifaschistisch gesinnten Menschen hat vor einiger Zeit mit dem Aufbau eines Komitees zur Unterstützung des Kampfs des uruguayischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur begonnen.

Der Widerstand befindet sich heute - nach dem schweren Rückschlag durch den Putsch 1973 - in einer Phase der Reorganisation. Das Kampfprogramm der illegalen Massenzeitung „Prensa libre" ist geeignet, alle Kräfte des Volkes zusammenzuschließen. Es umfaßt folgende Forderungen:

* *Sturz der faschistischen Militärdiktatur*
* *Errichtung einer provisorischen patriotischen Volksregierung*
* *Einberufung einer konstituierenden Versammlung; allgemeine, direkte und geheime Wahlen auf allen Ebenen*
* *Sofortige Einberufung eines Volkskongresses*
* *Erhöhung der Löhne und Renten*
* *Volle politische und gewerkschaftliche Freiheiten*
* *Amnestie für alle Gefangenen und Verfolgten; Verfolgung und Bestrafung der Folterknechte*
* *Streichung der Auslandsschuld, Verstaatlichung des Außenhandels, der fleischverarbeitenden Industrie und der Banken, die heute vom US-Kapital kontrolliert werden*
* *Enteignung des Großgrundbesitzes und Förderung der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Produzenten.*

Dieses Programm weist dem uruguayischen Volk den Weg zum Sturz der Militärdiktatur und zur Beseitigung der Grundlagen des Faschismus – das heißt zur Beseitigung der Klasse der Großgrundbesitzer und zur Ausschaltung jedes imperialistischen Einflusses.

Das Komitee zur Unterstützung von „Prensa libre" stellt sich auf diese Kampfplattform. Sein Ziel ist es, das österreichische Volk für die aktive Unterstützung dieses Programms zu gewinnen. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Herausgabe und Verbreitung einer deutschsprachigen Übersetzung von „Prensa libre".

Veranstaltung zur Unterstützung von Prensa Libre (Uruguay)

27.1.1978, 20 Uhr,
Neues Institutsgebäude,
Hörsaal III, Universitätsstraße 7.

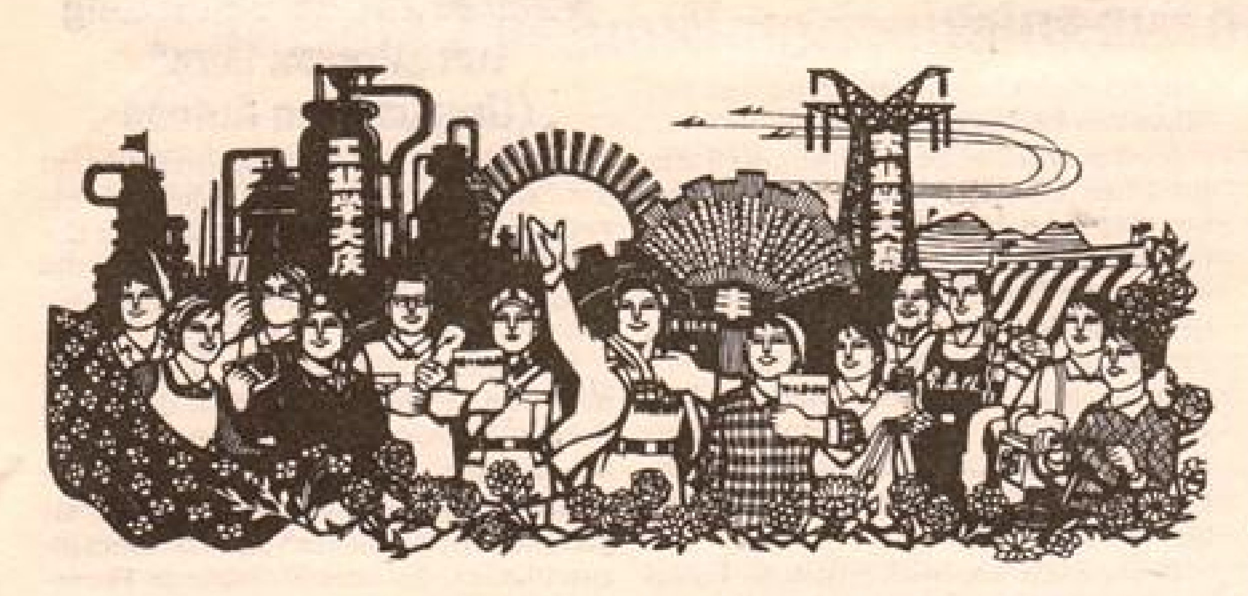
Informationen über den Kampf des uruguayischen Volkes gegen die faschistische Diktatur

Kampflieder und Folklore: El Gorrion aus Uruguay

Neue Opfer der argentinischen Junta

Laut einem Kommuniqué der PCRU wurden am 30.12.1977 in Argentinien C. Cabezudo, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK der Partei, und ein Ehepaar, bei dem er wohnte, verhaftet. C. Cabezudo ist seit 1974 legal in Argentinien, da er nach dem Putsch in Uruguay auf der Abschußliste der Militärs stand. Die Militärjuntas in Argentinien und Uruguay - beide Geschöpfe des US-Imperialismus als Reaktion auf den raschen Aufschwung des revolutionären Kampfes beider Völker - wissen genau, daß sie vor allem die Organisationen des Volkes fürchten müssen, die es in seinem Kampf führen. Sie arbeiten bei der Verfolgung von Revolutionären und Patrioten eng zusammen. Von der argentinischen Polizei verhaftet zu werden, bedeutet meist auch den Tod der Genossen. Durch die Solidarität der Völker kann das verhindert werden!

Kommunique der 1. ordentlichen



„China im Aufbau" erscheint jetzt auch auf deutsch!

Das sozialistische China ist eine feste Bastion der Weltrevolution. In diesem 800 Millionen Einwohner zählenden Land hat sich die Arbeiterklasse befreit von kapitalistischer Ausbeutung und Knechtschaft. Die Herren in China sind heute die Arbeiter, und das ganze Volk beteiligt sich unter Führung der Kommunistischen Partei am Aufbau einer Gesellschaft, die den Interessen der breiten Volksmassen dient. Dies ist nur möglich, weil die Arbeiter, Bauern und Soldaten an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied fest anpacken und die sozialistische Umgestaltung nicht nur der Produktions- sondern aller Lebensverhältnisse vorwärtstreiben. In jedem einzelnen Bereich der Produktion und des Lebens kommt daher auch der grundlegende Unterschied zwischen der sozialistischen Gesellschaft und der kapitalistischen, in der wir heute noch leben, zum Ausdruck.

„China im Aufbau" – eine umfassende illustrierte Zweimonatszeitschrift über den sozialistischen Aufbau Chinas – erscheint ab Jänner dieses Jahres auch in Deutsch.

Sie wird in China herausgegeben und bringt Spezialartikel über Chinas Politik, Wirtschaft, Erziehung, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Literatur, Kunst, über Frauen, Geschichte, Geographie sowie die Beziehungen mit anderen Ländern; sie enthält auch die Rubriken „Sprachecke", „Kultur", „Sport", „Kinder" und „Briefmarken". Schon der Inhalt der deutschen Nullnummer, die noch nicht öffentlich verbreitet wurde, gibt ein Bild von der Reichhaltigkeit der Information:

Schanghai und die „Viererbande"
Schanghai in Finsternis
Wo Unterdrückung herrscht, da gibt es Widerstand
Nach der Zerschlagung der „Viererbande"
Die Stadt Dschengdschou
Krebsforschung in China
Sport: Das Internationale Fußballturnier in Peking
Wie leben die Waisen nach dem Erdbeben?
Kultur: Die Oper „Djiang Djiä"
Einheimische Produkte Chinas: Maotai
Ein Modell für die Fischereimechanisierung
Wie ein Dorf seine kulturelle Rückständigkeit überwunden hat
Archäologie: Eine sehr gut erhaltene Sklavenhaltergrabstätte in Yinhsü
Geographisches von China: Das Turfan-Becken

Die Zeitschrift „China im Aufbau" ist ein ausgezeichnetes Mittel, umfassend mit dem Leben und Kampf des chinesischen Volkes in der neuen, der sozialistischen Gesellschaft bekanntzumachen. Deshalb werden wir eine Werbekampagne durchführen, um bis 1. Mai 1.000 Abonnenten für „China im Aufbau" zu gewinnen, damit mehr Menschen in Österreich sich über den Aufbau des Sozialismus in China konkret informieren können. Die Zeitschrift erscheint 6mal im Jahr, sie kann bestellt werden bei: „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten", Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1042 Wien, Postfach 13

Der Preis ist uns noch nicht bekannt, beträgt aber für die englische Ausgabe, die zwölfmal im Jahr erscheint, z.B. für ein Jahresabonnement S 100,--.

Entwurf für eine Plattform des Nahost- Komitees/Wien

In der Nummer 4/77 der Nahost-Zeitung legt das Nahost-Komitee den Entwurf für eine Plattform vor, mit dem Zweck, *„klare und verbindliche Grundlagen für die Solidaritätsarbeit mit dem revolutionären Kampf der palästinensischen und der übrigen arabischen Massen zu schaffen; klare Grundlagen, die sowohl den Erfordernissen der palästinensischen und arabischen Revolution als auch den Bedingungen der Solidaritätsarbeit entsprechen; Grundlagen, die den Zusammenschluß möglichst vieler antizionistischen Menschen und Organisationen (über ihre sonstigen politischen Aufassungen hinweg) mit der palästinensischen und arabischen Revolution im und auch außerhalb des Komitees erleichtern sollen."*

Der Entwurf benennt klar die Hauptfeinde der palästinensischen Revolution: USA und Sowjetunion und der israelische Siedlerstaat, ihr nächstes strategisches Ziel, den bewaffneten Kampf in Palästina und gegen Israel als Rückgrat des Befreiungskampfes, die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Aus den politischen Grundlagen ergibt sich auch das Forderungsprogramm mit den Hauptforderungen:

Palästina! Weg mit der Administrativhaft und den Landgesetzen! Freilassung aller politischen Gefangenen in Israel!

Gegen alle imperialistischen Lösungsversuche! Abzug aller fremden Truppen und Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte im Nahen Osten! Abzug von USA und Sowjetunion aus den Gewässern des Nahen Ostens!

Die Debatte und Beschlußfassung des Plattformentwurfs, der die an ihn gestellten Anforderungen gut erfüllt, wird ein großer Schritt sein bei der Verbesserung der Solidaritätsarbeit des Nahost-Komitees und zur Stärkung der gesamten Solidaritätsbewegung mit der palästinensischen Revolution. Die Nahost-Zeitung, in der der Entwurf veröffentlicht wurde, ist zu beziehen über:

Nahost-Komitee
Wien, Schottengasse 3a/4/59, 1010 Wien

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs hat vom 6. bis 8. Jänner 1978 in Wien stattgefunden. 38 ordentliche Delegierte, davon 61% Arbeiter und einfache Angestellte, vertraten die sechs Ortsgruppen und die zwei zentralen Einheiten der Organisation. Als Gastdelegierte nahmen Vertreter der Sympathisantengruppe Knittelfeld, der Sympathisanten in Villach, die Mitglieder der Redaktion des Zentralorgans, die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission, der Leiter des ZK-Büros und Vertreter vom Verband Kommunistischer Intellektueller Wien, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation Wien, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation Linz und des Marxistischen Studentenbundes Salzburg teil.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren die Beratung und Beschlußfassung über den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, einige Abänderungen von Programm und Statut sowie die Neuwahl des Zentralkomitees.

Vor Beginn ihrer Arbeit ehrte die Delegiertenkonferenz in einer Gedenkminute den größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit, den Genossen Mao Tsetung.

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz fand genau 17 Monate nach der Gründung des KB Österreichs statt. Sie fand statt in einer Situation heftiger Kämpfe gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus sowie einer raschen Verschärfung der Rivalität der beiden Supermächte und der Kriegsgefahr, in einer Situation der Verschärfung der Klassengegensätze in Österreich, in einer Situation weitreichender Veränderungen der Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs, in einer Situation, in der die ideologische, politische und oganisatorische Aufbau des Kommunistischen Bundes Österreichs seine erste Etappe nach der Gründung der Organisation durchlaufen hat. Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz stand vor der Aufgabe, die internationale politische Lage und die politische Lage in Österreich zu analysieren, den ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau der Organisation seit der Gründung selbstkritisch zu überprüfen und die Aufgaben für die nächste Periode festzulegen.

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz hat ihre Arbeit erfolgreich abgeschlossen. Sie hat die Fortschritte im ideologischen Aufbau der Organisation und in ihrem Aufbau als Kampforganisation zum Ausdruck gebracht. Sie hat eine sehr große Geschlossenheit der Organisation gezeigt. Sie war selbst ein Schritt im Aufbau des Kommunistischen Bundes Österreichs als demokratisch-zentralistische Kampforganisation.

Der Kampf um den Aufbau der Partei

Die Delegiertenkonferenz hat unterstrichen, daß der Kampf um den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Avantgardepartei der österreichischen Arbeiterklasse die Hauptaufgabe unserer Organisation ist. Sie hat den bisherigen Aufbau der Organisation unter diesem Gesichtspunkt analysiert und die dementsprechenden Aufgaben, den Weg zur Schaffung der Partei, festgelegt. Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem der vollständige und unwiderrufliche Übergang der MLPÖ und VRA ins Lager des Revisionismus und der Konterrevolution bereits vollzogen war. Damit wird der Aufbau der Partei allein von unserer Organisation getragen

„Die revisionistische Entartung dieser Gruppierungen und ihr endgültiger Verrat am Marxismus-Leninismus sind der vorläufige Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung, in der der Revisionismus in diesen Gruppen ideologisch, politisch und organisatorisch mehr und mehr die Oberhand gewann. Nach dem Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung und der siegreichen Niederschlagung der konterrevolutionären „Viererbande" in der Volksrepublik China haben diese Gruppierungen endgültig vor dem Druck der imperialistischen Reaktion kapituliert und die Farbe gewechselt. Dies ist bereits eine unumstößliche Tatsache geworden. Anders als noch zum Zeitpunkt der Gründung des KB, muß heute nicht mehr der Kampf um die Herstellung der ideologischen, politischen und organisatorischen Einheit mit diesen Gruppen geführt werden, sondern der Kampf um ihre vollständige Demaskierung und Isolierung bei gleichzeitiger Gewinnung aller ehrlichen Mitglieder und Anhänger dieser Gruppen, die heute noch vom Revisionismus irregeführt und betrogen werden.

Bedeutet diese Entwicklung eine Schwächung der marxistisch-leninistischen Bewegung? Bedeutet sie einen Beweis der Stärke des Revisionismus und der Schwäche des Marxismus-Leninismus? Das Gegenteil ist der Fall.

Die Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich nach dem revisionistischen Verrat der KPÖ beweist die unbezwingbare Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. Diese Geschichte ist voller Windungen und auch Rückschlägen aber aus dieser Entwicklung ist der Marxismus-Leninismus immer stärker hervorgegangen, während der Revisionismus von Tag zu Tag mehr verfault. An die Stelle der alten marxistisch-leninistischen Organisationen, die mit dem Revisionismus nicht vollständig brachen und schließlich selbst entarteten, sind neue organisierte Kräfte getreten, die stärker und für die anstehenden Aufgaben ungleich besser ideologisch, politisch und organisatorisch gerüstet sind. Ist dies nicht ein schlagender Beweis dafür, daß der Marxismus-Leninismus eine unüberwindliche Kraft ist? Die Entstehung und Entwicklung unserer Organisation hat dies bewiesen und beweist das Tag für Tag aufs Neue. Wir haben also allen Grund, die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung mit revolutionärer Zuversicht zu sehen und weiter zielstrebig voranzutreiben." (Rechenschaftsbericht)

Wichtige Festlegungen zur Linie im internationalen Klassenkampf

Ein Punkt, auf den sich die Debatte der Delegiertenkonferenz konzentrierte, war die Linie im internationalen Klassenkampf. Dazu hält der Rechenschaftsbericht fest: „Die Entwicklung der grundlegenden Widersprüche hat seit der unmittelbaren Nachkriegszeit zu bedeutenden Veränderungen der internationalen Situation geführt. Die veränderte Situation macht eine veränderte internationale Strategie des Weltproletariats und der unterdrückten Völker notwendig. Die von Mao Tsetung ausgearbeitete Konzeption der drei Welten entspricht dieser Notwendigkeit. Sie ist eine unerläßliche strategische Konzeption für den internationalen Klassenkampf. Sie nimmt eine neue Analyse und Einteilung der verschiedenen politischen Kräfte und ihrer Beziehungen vor, wie sie sich auf Grundlage der Entwicklung der großen weltweiten Widersprüche herausgebildet haben. Die Konzeption der drei Welten ist eng mit der Analyse der großen Widersprüche auf der Welt verbunden und muß stets aufs Neue eng mit ihr verbunden werden. Sie beleuchtet den Weg, den das Weltproletariat und die Völker heute erfolgreich im Kampf gegen die internationalen Hauptfeinde der Völker, die beiden Supermächte,

Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs

führen, wie sie sich in diesem Kampf zusammenschließen und eine breitestmögliche Front gegen die Hauptfeinde aufbauen können. Sie beleuchtet den Weg des Kampfes gegen den Krieg. Sie zielt ab auf die Förderung der Kräfte der Weltrevolution im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg und trägt ideologisch und praktisch bedeutend dazu bei." (Rechenschaftsbericht).

Die Delegiertenkonferenz hat eine Linienkorrektur hinsichtlich des internationalen Klassenkampfs beschlossen: „Diese strategische Orientierung ist in unserer Organisation noch nicht vollständig durchgesetzt. Wir haben nicht konsequent gesehen, daß der Kampf um die Bildung einer breitestmöglichen Einheitsfront aller zu gewinnenden Kräfte gegen die Supermächte heute die entscheidende strategische Aufgabe im internationalen Kampf gegen den Imperialismus ist, und daß der Kampf auch um die Einbeziehung der Länder der Zweiten Welt in diese Front geführt werden muß. Wir sind bisher für die Bildung einer internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus eingetreten. Wir haben dieser der Generallinie der proletarischen Weltrevolution für die gesamte Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution entsprechenden Aufgabe unter den heutigen konkreten Bedingungen des internationalen Klassenkampfes zu entsprechen versucht: Wir haben den Kampf der Dritten Welt unterstützt. Wir haben international den Hauptstoß gegen die Supermächte gerichtet. Wir haben gegenüber der eigenen Bourgeoisie eine Politik entwickelt, und an sie Forderungen gerichtet, die objektiv auf die Einbeziehung Österreichs in eine internationale Front gegen die Supermächte gerichtet waren und dabei die Widersprüche zwischen Erster und Zweiter Welt ausgenutzt. Diese Politik haben wir in den letzten Jahren Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Praxis des Klassenkampfes und im Kampf gegen revisionistische und sozialchauvinistische Auffassungen in der marxistisch-leninistischen Bewegung und auch in unserer Organisation ausgearbeitet und entwickelt. Das war ein harter Kampf und er hat bedeutende Fortschritte gebracht. Wir haben es aber bisher abgelehnt, den Kampf um eine breitestmögliche und möglichst auch die Länder der Zweiten Welt umfassende internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte ausdrücklich zu unseren politischen Aufgaben zu erklären. Wir haben diese letzte Konsequenz aus der Konzeption der drei Welten nicht ausdrücklich gezogen. Diese theoretische Inkonsequenz hat vielfach auch zur praktischen Inkonsequenz und auch zu Fehlern geführt. Aber im ganzen letzten Jahr haben wir unsere Politik in der richtigen Richtung weiterentwickelt. Sie hat mehr und mehr auch nach der ausdrücklichen und konsequenten theoretischen Korrektur dieses Fehlers gedrängt, nachdem wir ihn praktisch in verschiedenen politischen Fragen bereits immer wieder korrigiert hatten und korrigierten. Zu 90% war unsere Politik richtig und nur zu 10% war sie falsch, weil diese Inkonsequenz uns den Kopf verstellte. Diese Inkonsequenz hat ihre Entstehungsgeschichte und ihre Gründe. Vor 1½ Jahren traten in den Vorläuferorganisationen des KB Österreichs Leute auf mit der Ansicht, man müsse den Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistischen Länder der Zweiten Welt und den Klassenkampf in diesen Ländern einstellen oder an die 2. Stelle setzen zugunsten eines Zusammenschlusses aller Kräfte gegen die Supermächte. Dieser revisionistischen Position sind wir zu Recht entgegengetreten, wir haben am Ziel der proletarischen Weltrevolution und am internationalen Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion festgehalten, aber wir haben dabei „den Bogen überspannt" und im Kampf gegen den Revisionismus selbst „linke" Fehler gemacht. Unsere bisherige Position hat auch begünstigt, daß immer wieder sogar „linke" Abweichungen von den bestehenden Festlegungen gemacht wurden. Sie hat es erschwert, den Klassenkampf in Österreich mit dem internationalen Klassenkampf richtig zu verbinden. Wenn dieser Fehler jetzt korrigiert wird, muß darauf geachtet werden, daß er nicht nur in Worten korrigiert wird, sondern in der Praxis der politischen Arbeit, und daß ein ständiger Kampf um die Korrektur dieses Fehlers geführt wird." (Rechenschaftsbericht).

Die Änderungen unseres Programmes

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz hat die grundlegenden Waffen unserer Organisation, Programm und Statut, geschärft. Die wichtigsten Programmänderungen sind die klarere und geschlossenere Formulierung der Aussagen über die internationale Stellung Österreichs, über unsere Aufgaben im internationalen Klassenkampf und über die Verbindung des Klassenkampfes in Österreich mit dem internationalen Klassenkampf sowie die Veränderungen des Abschnitts über die nationalen Minderheiten in Österreich.

Die internationale Stellung Österreichs und unsere Aufgaben

Der Abschnitt über die internationale Stellung Österreichs und unsere damit zusammenhängenden Aufgaben lautet:

„Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrükkernationen. Die österreichische Bourgeoisie steht im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären in imperialistischer Konkurrenz zu den Bourgeoisien der anderen Länder. Zugleich ist sie gezwungen, sich in diesem Kampf an die Seite größerer imperialistischer Bourgeoisien zu stellen. Durch enge ökonomische, politische und militärische Beziehungen ist sie an die USA und andere westliche imperialistische Länder, vor allem die BRD, gebunden. Gleichzeitig ist der Sozialimperialismus bestrebt, seinerseits Österreich allseitig in Abhängigkeit zu bringen. Die österreichische Bourgeoisie ist der Bedrohung, Kontrolle und Schikane durch die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, aber auch den imperialistischen Bestrebungen anderer Länder, vor allem der BRD, ausgesetzt. Dazu kommt die österreichische Bourgeoisie auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen in Widerspruch. Die Neutralität Österreichs nützt sie, um sich mehr Spielraum und bessere Möglichkeiten bei der Verfolgung dieser Interessen zu verschaffen. Sie wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Weg steht. Die Kommunisten treten gegen jede Einschränkung der staatlichen Souveränität Österreichs und gegen jeden Anschluß Österreichs und gegen jeden Anschluß Österreichs an ein imperialistisches Bündnis auf. Sie kämpfen gegen die Versuche der beiden Supermächte, Österreich ihrer ökonomischen, politischen oder militärischen Kontrolle zu unterwerfen.

Sie kämpfen für die nationale Unabhängigkeit und führen diesen Kampf als untrennbaren Bestandteil des Kampfes um die sozialistische Revolution in Österreich, die die vollständige Unabhängigkeit Österreichs auf der Grundlage der Beseitigung aller unterdrückerischen und ausbeuterischen Beziehungen zu anderen Nationen verwirklicht.

Sie kämpfen für die Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt, für den Abzug aller fremden Truppen und für die Auflösung aller ausländischen Militär- und Flottenstützpunkte insbesondere derer der beiden Supermächte, in allen europäischen Ländern und für das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen."

Die nationalen Minderheiten und unsere Aufgaben

Der Abschnitt über die nationalen Minderheiten in Österreich lautet:

„Die Entwicklung des Kapitalismus führte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zur Herausbildung der österreichischen Nation. Diese war zugleich die Unterdrückernation innerhalb der Habsburgermonarchie. Im Zuge der imperialistischen Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg verblieben bei der neugegründeten Republik. Deutsch-Österreich nationale Minderheiten, denen die imperialistische Bourgeoisie jegliche nationalen Rechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht vorenthielt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verweigerte der Imperialismus den Slowenen erneut das Recht auf Selbstbestimmung. Die rasche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die fortgesetzte Entnationalisierungspolitik der österreichischen Bourgeoisie beschleunigte seither den Prozeß der gewaltsamen Assimilierung der nationalen Minderheiten. Weiterhin bedroht die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie die Existenz der nationalen Minderheiten in Österreich.

Die Kommunisten kämpfen gegen jeden Chauvinismus, da er nur darauf gerichtet ist, die Arbeiterklasse und das Volk zu spalten, ihren Zusammenschluß im Klassenkampf zu verhindern und sie an die Bourgeoisie zu ketten. Deshalb treten die Kommunisten für die volle Verwirklichung der demokratischen Rechte der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit ein."

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz hat ein neues Zentralkomitee, bestehend aus 15 Mitgliedern des Zentralkomitees und 4 Kandidaten zum ZK gewählt. Mit der Internationale wurde die Delegiertenkonferenz geschlossen.

Zwischentitel von der Redaktion

Jännerstreik 1918: Der Krieg brachte die Revolution hervor

Am 14. Jänner 1918 legten die 3.000 Arbeiter der Daimler-Werke in Wiener Neustadt die Arbeit nieder. Sie marschierten zum Rathaus und protestierten gegen die Kürzung der Brotration. Gleichzeitig erhoben sie die Forderung, die zur zentralen Losung des Generalstreiks der Arbeiter der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jänner 1918 wurde: *Sofortiger Friedensschluß mit Sowjetrußland – Schluß mit dem imperialistischen Krieg!*

Die Rüstungsbetriebe in Wiener Neustadt, die Arbeiter in Neunkirchen, Ternitz und Wöllersdorf schlossen sich noch am gleichen Tag dem Streik an. Am 15. Jänner folgten die Wiener Großbetriebe. Am 16. Jänner erstreckte sich der Streik bereits auf ganz Wien, die niederösterreichischen und steirischen Betriebe, Budapest und Krakau. 700.000 Arbeiter streikten, davon 120.000 in Wien.

Dreieinhalb Jahre imperialistischer Krieg – das waren dreieinhalb Jahre bittere Leiden für das Volk. Seine Söhne und Väter wurden der Raubgier des österreichischen Imperialismus geopfert. Millionen Soldaten lagen schon das vierte Jahr im Dreck der Schützengräben. Das Volk im Hinterland hungerte. In den Betrieben herrschte militärischer Zwang.

Dreieinhalb Jahre imperialistischer Krieg hatten das Land zerrüttet und alle Widersprüche verschärft. Der Sieg der russischen Arbeiterklasse im November 1917 hatte den österreichischen Arbeitern und den unterdrückten Völkern der Habsburgermonarchie den Ausweg aus dem Krieg gezeigt. Die Kürzung der Brotrationen hatte das Faß zum Überlaufen gebracht. Die niederösterreichischen Arbeiter erhoben sich zum Kampf. Sie organisierten Sowjets und trugen die Kunde vom Streik ins ganze Land.

Am 22. Jänner begann der Streik in den tschechischen Industriegebieten. In Prag kam es zu einer Massendemonstration für Frieden und nationale Unabhängigkeit.

Die kroatischen Arbeiter in Pula streikten bis zum 28. Jänner, die 15.000 italienischen und slowenischen Arbeiter in Triest bis zum 2. Feber.

Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Volksmassen der Monarchie erhoben sich zum Kampf gegen den verhaßten imperialistischen Krieg, unter dem sie mehr als drei Jahre gelitten hatten; sie kämpften gegen die Monarchie, für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit. Die Habsburger-Regierung war machtlos, sie konnte die Armee nicht gegen das Volk einsetzen, weil die Soldaten selbst vom Krieg genug hatten und sich teilweise schon dem Kampf angeschlossen hatten.



Nach der Oktoberrevolution kommt es immer wieder zu Verbrüderungen österreichischer und russischer Soldaten an der Front.

Der Verrat der sozialdemokratischen Führung rettete die Herrschaft des Kaisers

Auch die sozialdemokratische Führung der SP konnte die Massenbewegung nicht aufhalten. Aber sie setzte ihre gesamte Autorität, den ganzen bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparat ein, um die Arbeiter vom revolutionären Weg abzulenken. Die Arbeiterklasse erlag diesem Druck, weil sie keine revolutionäre Führung hatte. Wohl gab es seit Beginn des Krieges in der SP Widerstand gegen die opportunistische Linie des Parteivorstands. Aber diese Gruppen, „Linksradikale" genannt, waren nicht besonders stark und hatten auch den Bruch mit dem Opportunismus nicht vollständig vollzogen. Die SP-Führer verstanden es, wortradikal aufzutreten und die Massen tatsächlich hinters Licht zu führen. Es gelang ihnen, sich an die Spitze des Streiks zu stellen und durch bürokratische Manöver die Mehrheit im Wiener Arbeiterrat zu erobern. Dann begannen sie mit der Regierung zu verhandeln. Diese machte nichts als leere Versprechungen, was die SP-Führer den Massen als Erfolg verkaufen wollten, um einen Abbruch des Streiks zu erreichen. Die Wut der Arbeiter über den Verrat der SP-Führung war groß. Aber sie waren führerlos. Revolutionäre Partei hatten sie keine, und die Organisationen ihres Aufstands, die Arbeiterräte, hatte ihnen die SP-Führung zum Großteil aus der Hand geschlagen. Am 20. Jänner beschloß der von den Sozialdemokraten okkupierte Wiener Arbeiterrat den Abbruch des Streiks. Danach dauerte es noch eine Weile, bis die Arbeiter tatsächlich die Arbeit wieder aufnahmen. Aber die Front war dem Zerfallen. In Wien wütete der Polizeiterror unter den Führern des Streiks, vor allem unter den Linksradikalen, die als einzige den Streik agitatorisch vorbereitet hatten und auch an seiner Organisierung beteiligt waren.

Der Aufstand der Matrosen von Cattaro

Der Jännerstreik war noch nicht zu Ende, als am 1. Feber 1918 der Aufstand der Matrosen der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte begann. Im Hafen von Cattaro (heute Kotor/Jugoslawien) hißten 6.000 Matrosen auf 40 Kriegsschiffen die rote Fahne und forderten die Beendigung des imperialistischen Krieges. Die Hälfte der Kriegsflotte der Monarchie war drei Tage lang in der Hand der Aufständischen. Im Sowjet der revolutionären Matrosen waren alle Nationen des Habsburgerreiches gleichmäßig vertreten. Der Sowjet entwaffnete die Offiziere und übernahm das Kommando. Die Habsburger-Regierung war nicht in der Lage, den Aufstand niederzuschlagen. Erst mit Hilfe deutscher U-Boote gelang es ihr, die Matrosen zu entwaffnen. 800 Matrosen wurden verhaftet, die 4 Führer des Sowjets vom Kriegsgericht zum Tod verurteilt. Aber der Sowjet der revolutionären Matrosen von Cattaro arbeitete illegal weiter.

Budapest: Arbeiter der Rüstungsfabrik Mavag kämpfen gegen den Angriff der Gendarmerie.

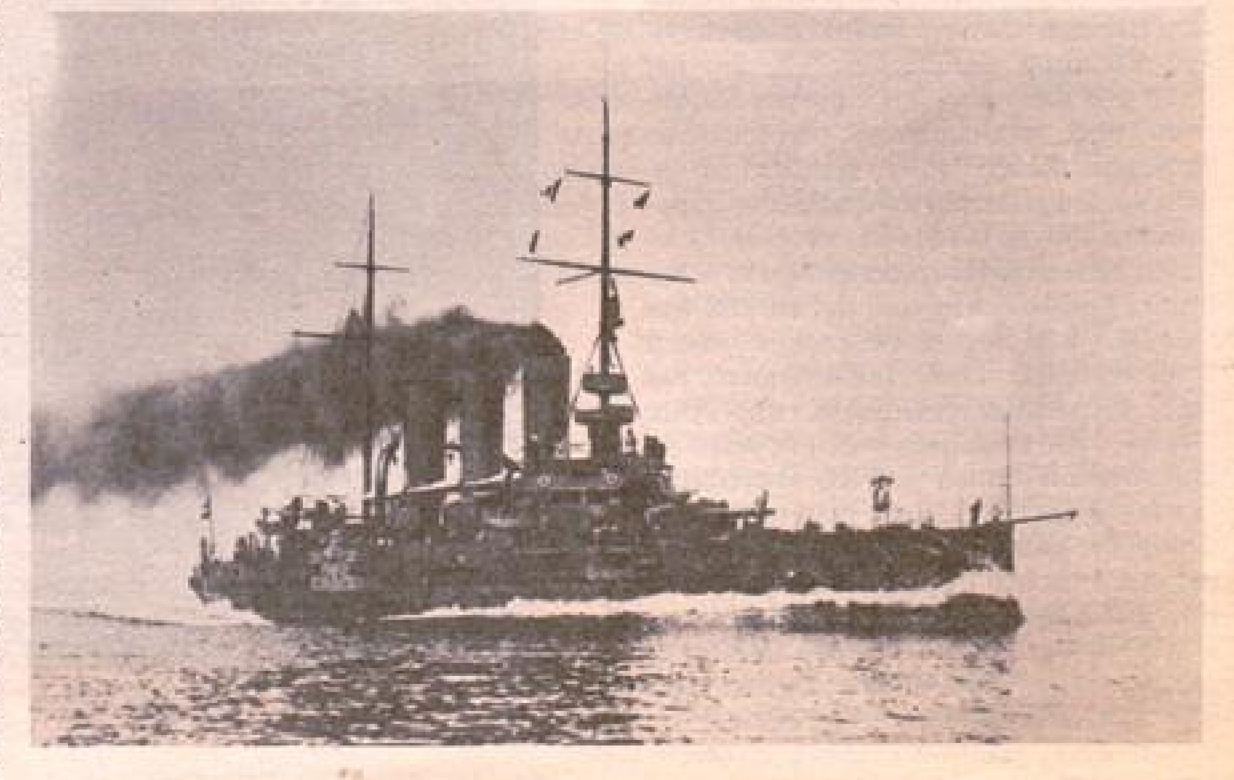
Der Jännerstreik war niedergeschlagen – der Kampf ging weiter!

Mit Hilfe der Sozialdemokraten war es der Habsburgerregierung noch einmal gelungen, die Macht zu behalten. Der Jännerstreik war niedergeschlagen, aber die Unruhe blieb. Die Regierung erfüllte keine einzige der Forderungen der Arbeiter. Hunger und Elend verstärkten sich in den nächsten Monaten noch durch ständige Preissteigerungen. die Streikbewegung der Arbeiter brach nicht ab und erreichte im Sommer einen neuen Höhepunkt, bis sie dann Ende Oktober 1918 in die bürgerlich-demokratische Revolution mündete.

Die Armee zersetzte sich rasch. Dieser Prozeß wurde vor allem durch die Rückkehr von 500.000 Kriegsgefangenen aus dem revolutionären Rußland beschleunigt. Ende Oktober 1918 gab es in Wien 60.000 Deserteure.

Die Linksradikalen zogen die Lehren aus dem Streik und dem Verrat der Sozialdemokratie: „Der Kampf zur Erzwingung des sofortigen allgemeinen Friedens, den das Proletariat Niederösterreichs in so herrlicher Weise begonnen und dem sich die Arbeiterschaft der anderen Kronländer und auch Ungarns angeschlossen hatte, ist vom Parteivorstand und einem sogenannten Arbeiterrat in schmählicher Weise an die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates verraten worden. Nichts als papierene Versprechungen, leere Tröstungen, und nichtssagende Phrasen hat die Regierung als Antwort auf die Forderungen der Arbeiter zu bieten gewußt. Die sich Sozialdemokratie nennenden Führer haben nichts Besseres zu tun gewußt, als die Arbeiter wieder in das Joch der kapitalistischen Unterdrückung zu treiben.... Von den heutigen 'Arbeitervertretern' ist nichts mehr zu erwarten! Schließen wir uns selbst zu Gruppen des Kampfs zusammen! ...., so daß eine neue Organisation entstehe!" (aus einem Flugblatt der Linksradikalen nach dem Jännerstreik 1918).

Die Linksradikalen' waren jetzt entschlossen, mit der SP organisatorisch zu brechen und machten sich an den Aufbau einer neuen Organisation. Bereits Ende Jänner machten sie den ersten Versuch, die revolutionären Gruppen zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Dieser erste Versuch scheiterte, weil der Großteil der Aktivisten verhaftet wurde. Im Mai wollten sie eine Zeitung herausgeben. Die erste Nummer wurde beschlagnahmt und die Zeitung verboten. Die restlichen Führer der Linksradikalen wanderten ins Gefängnis. Trotzdem wurde am 3. November 1918, als erste in Westeuropa, die Kommunistische Partei Österreichs gegründet.



Auf dem Panzerkreuzer „Sankt Georg" übernahmen die Matrosen von Cattaro während des Aufstands die Macht.